Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 207. Dinstag den 5. September 1848.

Schlesische Chronik.

Heute wird Nr. 70 des Beiblattes der Breslauer Zeitung „Schlesische Chronik“ ausgegeben. Inhalt: 1) Pflege des Zeichnenunterrichts. 2) Kommt die Religion durch die Aufhebung der Bevormundung der Schule durch die Geistlichkeit wirklich in Gefahr? 3) Korrespondenz aus Sulau. 4) Wahrheitsliebende und aufklärende Antwort.

An die Abonnenten der stenogr. Berichte der Verhandlungen der National-Versammlungen in Berlin u. Frankfurt a. M. Heute erscheint der 5—9. (305—309.) Bogen des 11. Abon. v. 30 Bog. Berlin Bg. 144. 145. Frankf. Bg. 162—164.

Preußen.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Sitzung vom 2. September.

Nachdem das Protokoll verlesen, und einige Bemerkungen in Betreff des stenographischen Berichts gemacht sind, erstattet der Abgeordnete Schneider für die Centralabtheilung Bericht über den Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung der Steuer vom Rübenzucker und Branntwein. Die Gesetzesvorlage lautet: Art. 1. Die Steuer von dem im Inlande aus Rüben erzeugten Rohzucker wird nach Maaßgabe der provisorischen Verordnung vom 18. Juni d. J. vom 1. September d. J. an, zwei Thaler für den Zollzentner betragen, und mit drei Silbergroschen von jedem Zollzentner der zur Zuckerbereitung bestimmten rohen Rüben erhoben werden. Art. 2. Die Branntweinsteuer wird in Abänderung der Verordnung vom 16. Juni 1835 für jede zwanzig Quart Rauminhalt statt bisher mit 2 Silbergroschen vom 1. Oktober d. J. ab mit 3 Silbergroschen und von landwirthschaftlichen Brennereien statt bisher mit 1 Sgr. 8 Pf. mit 2 Sgr. 6 Pf. erhoben. Wegen der Steuer von der Branntweinbereitung aus nicht mehligen Stoffen verbleibt es bei den bisherigen Vorschriften. Die Central-Abtheilung beantragt die Verwerfung des Art. 1 des Gesetzentwurfs. — v. Berg stellt den Antrag „zur einfachen Tagesordnung überzugehen,“ er wünscht, daß man auch hier dem vielgerühmten Beispiele Englands, dem Lande der Constabler, folgen möge, und der Regierung, so lange man nicht dem Lande eine Konstitution gegeben habe, durch Zuhalten der Taschen opponiren möge. Weichsel spricht, nachdem der Antrag auf Tagesordnung zahlreich unterstützt ist, für dieselbe. Min. Hansemann begehrt das Wort, der Präsident bemerkt, daß der Herr Finanzminister im Augenblicke nur das Wort als Abgeordneter, nicht als Minister nehmen könne. Hansemann: Er habe nur bemerken wollen, daß es unerhört sei, über eine in den Abtheilungen berathene Gesetzesvorlage zur Tagesordnung überzugehen. Brett spricht gegen das Uebergehen zur Tagesordnung, Herr v. Berg dürfte wohl je einen Antrag gestellt haben, mit dem er so glänzend durchgefallen, als es diesmal in Aussicht stehe. v. Berg: Ich ziehe meinen Antrag zurück, ich will dem Herrn Abgeordneten nicht die Freude der Abstimmung zu Theil werden lassen. Moritz nimmt den Antrag auf, es wird auf namentliche Abstimmung angetragen. Die gesammte Kammer, mit Ausnahme des Abgeordneten Arnold, stimmt gegen die Tagesordnung. Nach der Abstimmung nimmt der Abgeordnete Brett zu einer persönlichen Bemerkung das Wort; der Herr v. Berg habe den Antrag gestellt, und gegen denselben gestimmt, das Land werde über den Abgeordneten, und wenn er der Vertreter seiner Partei, auch über diese richten. — Es entsteht ein heftiger Lärm in der Kammer. — Abgeordneter v. Berg: Die Art, wie der Abgeordnete Brett die Motive seines Antrags ausgelegt und entstellt habe, habe ihn veranlaßt, denselben zurückzuziehen, nachdem er ihn aber zurückgezogen, habe er auch gegen den Antrag stimmen müssen, er habe übrigens nicht im Auftrage einer Partei gesprochen. (Bravo, Lärm.)— Schneider: Er habe mit der Versammlung gegen die Tagesordnung gestimmt, weil er hoffe, daß die Gesetzes-Vorlage nach gründlicher Diskussion werde verworfen werden. -- Schneider (Berichterstatter): „das Gesetz verstößt gegen den Hauptgrundsatz der Finanzwissenschaft, daß durch die Steuer die Produktion und der Volkswohlstand nicht beeinträchtigt werden darf, und daß ferner die Besteuerung nur nach Maßgabe der Steuerfähigkeit des zu Besteuernden eingerichtet sein muß. Dieser letzte Grundsatz wird nur durch eine progressive Einkommensteuer verwirklicht. Allerdings wird sich eine solche im Augenblick nicht vollkommen durchführen lassen; man wird vorläufig noch indirekte Steuern beibehalten müssen, keinesfalls wird man aber neue einführen dürfen. Unter den Steuern sind die verwerflichsten die Boden- und die Gewerbssteuer. Die Rübenzuckersteuer ist aber entweder eine Bodensteuer, oder eine Gewerbesteuer oder Beides zugleich, sie ist keine Konsumtionssteuer. Aber selbst als eine solche betrachtet, wäre sie auch ungerecht, da nur ein einzelner Zweig des Verbrauchs, nicht aber der ganze Aufwand besteuert werden kann. Die Gesetzvorlage verstößt aber auch gegen die Volkswirhschaftslehre. Der Wohlstand des Volkes, das nächste Ziel einer Regierung, wird befördert durch Vermehrung und reichliche Benutzung der Güter-Quellen. Diese sind der Boden, das Kapital, vor Allem aber die Arbeit. Der Staat muß dafür sorgen, lohnende Arbeit einzuführen und zu befördern. Die Rübenzucker-Fabrikation aber ist eine der lohnendsten Arbeiten; zugleich wird durch sie der Boden aufs Höchste verwerthet, indem der Preis des Bodens in allen den Gegenden, wo Rübenzucker fabrizirt wird, um mindestens das Doppelte steigt. Das Gesetz ist eine Erbschaft einer früheren, hoffentlich jetzt überwundenen Periode, das Ministerium hat diese Erbschaft angetreten, die hohe Versammlung wird dieselbe hoffentlich ablehnen.“ — Vor Eröffnung der Debatte sucht der Regierungs-Kommissar Scheel den Bericht der Zentral-Abtheilung durch statistische Anführungen zu entkräften und spricht für den Regierungs-Antrag. Nachdem Weichsel gegen das Gesetz gesprochen, ergreift Fretzdorf für dasselbe das Wort: er sei Freihändler und als solcher gegen Alles, was Schutzzoll heißt. So lange aber einmal der gegenwärtige Zolltarif bestehe, müsse derselbe so gerecht als möglich sein und nicht einen einzelnen Produktionszweig auf Kosten der Allgemeinheit bevorzugen. Der Kommissionsbericht stütze sich auf hohle Theorien. Durch die Steuererhöhung werde die Rübenzucker-Fabrikation nicht zu Grunde gehen, geschehe dies aber doch, so wäre es zum Heil des Vaterlandes, denn es zeige sich dann, daß diese Industrie eine völlig unnatürliche wäre. — Reuter und Schulz (Wanzleben) sprechen auch vom Standpunkte des Freihandels gegen, Riedel für das das Gesetz. — Finanzminister Hansemann: rechtfertigt das Gesetz „zunächst aus praktischen Gründen, die in der Sache selbst liegen“, dann aber fährt er fort: „das Verwerfen des Gesetzes wäre ein Streich gegen die Einheit Deutschlands, (Gelächter der Linken) wenigstens des Zollvereins, da die preußische Regierung sich mit den übrigen Regierungen des Zollvereins über die Erhöhung der Rübenzuckersteuer bereits vereinbart hat. Es ist noch nie vorgekommen, daß die Vertreter in einem konstitutionellen Staate Deutschlands ihren Regierungen die nachträgliche Genehmigung ähnlicher Maßregeln verweigert hätten; das Verhältniß zu den übrigen Staaten würde unfehlbar dadurch getrübt werden, die Regierung ist deshalb von der Beistimmung der Kammer sicher überzeugt.“ — Wenn übrigens ein Minister von der Einheit Deutschlands rede, so sei dies eine so ernste Sache, daß es sich schwer begreifen lasse, wie Jemand dabei lächeln könne. (Tumult d. Linken, Bravo d. Rechten.) Abgeordn. Blöm (vom Platze): „Wenn ein Minister sich untersteht, über das, was ein Volksvertreter sagt, zu lachen, so wird es einem Volksvertreter jedenfalls freistehen, über das, was ein Minister sagt, zu lächeln. (Ruf von der Rechten: zur Ordnung! von der Linken: das ist eine Anmaßung vom Minister!). Die Abg. Stein und Schulz (Wanzleben) ergreifen zu ähnlichen persönlichen Bemerkungen das Wort. Auf den Antrag von Elsner wird die generelle Debatte geschlossen und zu Art. I. des Berichts übergegangen, zu welchem das Amendement von Unruh vorliegt: „für den Fall, daß die Steuer angenommen würde, soll dieselbe erst mit dem 1. Septbr. 1849 eintreten.“ Blöm führt Citate aus Hansemann's Werke an, welche mit den jetzigen Finanzmaßregeln im direkten Widerspruche stehen. (Esser unterbricht ihn: „es darf nicht abgelesen werden!“ Der Präsident nach dem Gesch. Reglement ist es nur verboten, Reden abzulesen, der Abg. Blöm führt nur ein Citat an und es darf ihm das Wort nicht genommen werden.) Blöm: ich werde es mir auch nicht nehmen lassen, am wenigsten durch den Hrn. geh. Finanzrath Esser. — Esser: Hier bin ich nur der Abgeordn. Esser. Blöm: Dann werde ich es mir auch durch den Abg. Esser nicht nehmen lassen. Um aber auf die Sache zu kommen, so bin ich der Meinung, daß vor Erledigung der Verfassungsfrage nicht eine einzige finanzielle Frage hier debattirt werden darf. Ich bin kein Sachverständiger, aber selbst Sachverständige sind über die hier beregten Fragen ein kompetentes Urtheil zu geben unfähig. Der Bericht des Regier.-Commissärs und der Commissions-Bericht widersprechen sich so direkt, daß Keiner von Beiden einem Kammerbeschluß irgendwie zum Motiv dienen kann. Auch ich kann keine andere Steuer, als eine progressive Einkommensteuer gerechtfertigt finden. Was die Einheit Deutschlands betrifft, so habe ich in der That nicht geglaubt, daß es dem Hrn. Minister so ernst gewesen sei, als nach seiner Zurechtweisung scheint. Sollte das Ministerium übrigens durch eine eventuelle Abweisung des Gesetzes in Verlegenheiten gerathen, so ist es seine eigene Schuld. Am 22. Mai sind die Vertreter des Volks zusammengekommen, die Vereinbarung mit den Zollvereins-Staaten über die Rüben-Zucker-Steuer hat erst nach dem 1. Juli stattgefunden. Ich kann mir die Gründe nicht erklären, welche das Ministerium abgehalten haben, in jener langen Zeit der Kammer eine Vorlage hierüber zu machen. Ist es Absichtlichkeit gewesen, oder irgend etwas Anderes, jedenfalls ist das Ministerium selbst schuld an seiner Ungewißheit in Beziehung auf die nachträgliche Bewilligung oder Verweigerung der Steuer von Seiten der Kammer. Ich stimme mit aller Energie gegen das Gesetz. (Bravo der Linken, Zischen der Rechten.) Der Handels-Minister meint, es sei auf beiden Seiten zu scharf aufgetragen worden, die Frage sei gar keine Lebensfrage für die Rübenzukker-Industrie; diese werde bei der geringen Steuer-Erhöhung ruhig fortbestehen. Er sei für das Gesetz.

Nachdem noch der Berichterstatter alles gegen den Commissions-Bericht Vorgebrachte resumirt und kurz zu widerlegen versucht hatte, trug Parisius auf den Schluß der Debatte an. Der Schluß wird angenommen. Art. I. der Gesetzesvorlage mit Auslaß der

Worte „vom 1. Septbr. d. J." kommt zur namentlichen Abstimmung und es stimmen für das Gesetz 195, dagegen 131. Es fehlen 76. Das Amendement von Unruh kommt nun zur Abstimmung: Dafür sind 136, dagegen 157. — (Schluß 5 1/4 Uhr.)

Berlin, 2. Septbr. [Amtlicher Artikel des Staatsanzeigers.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem geheimen expedirenden Sekretär und Kalkulator, Kriegsrath Tarnovius, den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, und dem geheimen Kanzlei-Inspektor Eckhardt beim Kriegs-Ministerium den rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Förster Thiele zu Fiddichow, im Regierungs-Bezirk Stettin, das allgemeine Ehrenzeichen, und dem Sekonde-Lieutenant v. Oertzen des 9ten Husaren-Regiments die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Berlin, 3. Septbr. [Amtlicher Artikel des Staatsanzeigers.] Se. Hoheit der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin ist nach St. Petersburg abgereist.

Berlin, 2, Septbr. [Tagesbericht des Correspond.-Bür.] Das schlechte Wetter hat Berlin ungemein still gemacht, man bemerkt nur wenige Spuren der in der letzten Zeit so heftigen Aufgeregtheit; die Klubbs sind wieder ruhiger geworden und fast scheint es, als wenn man der Kammer die endliche Entwirrung der verwickelten politischen Verhältnisse allein überlassen wollte, ohne durch Straßenscandale den Stand der Dinge noch mehr zu verwirren und der reactionären Partei mehr Spielraum zu gewähren. Die einzelnen Fraktionen unserer Kammer sind jetzt sehr beschäftigt; das Ministerium macht Kabinetsfragen, wie es scheint aus jeder Maßregel, die es ergreift, und jede Fraktion will wo irgend möglich der andern eine Schlappe beibringen. Heute hat der Herr Finanzminister seinen Gesetzesvorschlag über die Erhöhung der Steuer von Rübenzucker und Branntwein zu vertheidigen, der von verschiedenen Seiten scharf angefochten wird. Herr Hansemann will für sich aus der Annahme des Gesetzes eine Kabinetsfrage machen. — Die Central-Abtheilung über den Gesetzentwurf wegen Ausschreibung einer Zwangsanleihe hat sich für die Annahme des Gesetzesvorschlag mit einigen Abänderungen erklärt. Die Herren Abgeordneten Graf Cieszkowski und Grebel haben folgendes Separat-Votum abgegeben: „Weder im Prinzip noch aus Oppurtunitätsgründen mit der vorgeschlagenen Zwangsanleihe einverstanden, vielmehr der Ueberzeugung, daß bei der verhältnißmäßig glänzenden Finanzlage Preußens die nöthigen Geldmittel sehr wohl auf eine andere, gerechtere und zweckmäßigere Weise beschafft werden können, können wir den Beschlüssen und Anträgen der Central-Abtheilung nicht beistimmen." — Die Commission für die Finanzen und Steuern trägt in ihrem Bericht über den Antrag des Abgeordneten Borchardt und mehrerer Andern, betreffend die Aufhebung der Weinsteuer, darauf an: 1) die Nationaiversammlung möge beschließen, den Anträgen auf Aufhebung der Weinsteuer und Niederschlagung der Weinsteuerreste keine Folge zu geben; 2) daß die Regierung dagegen zu veranlassen sei, zur Unterstützung des Weinbaues die Errichtung von Creditkassen zu befördern, welche die Weine zur Lagerung aufnehmen und darauf Vorschüsse geben, und zugleich auch bei der möglichst zu beschleunigenden Revision des Grundsteuerkatasters auf die Grundsteuer des Wein-Lands besonders Bedacht zu nehmen sei. — Unser Handelsministerium hat mit dem Reichsministerium schon seit längerer Zeit über den Zutritt Oesterreichs zum Zollvereine unterhandelt, die Verhandlungen nahen sich ihrem Ende, ohne das gewünschte Resultat geliefert zu haben. — In den reussischen Fürstenthümern, in welchen, wie wir schon früher erwähnten, die Neuwahl für die Frankfurter Constituante zwischen Bruno Bauer und Julius Fröbel schwebte, hat der letztere den Sieg davon getragen. — Wie wir hören, wird Herr Arago von hier abberufen werden, als sein Nachfolger wird Herr Reyenval bezeichnet. — Der als Cartograph bekannte Dr. Kutscheit redigirt das hier neubegründete Blatt „der katholische Zuschauer", das nach seinem Ausspruche „kein republikanisches, aber in vollem Sinne des Wortes ein demokratisches sein wird." Herr Kutscheit hält ein erbliches Königthum gerade in der Demokratie für nothwendig. Interessant ist es, aus der Einleitung zu erfahren, daß der Magistrat des „stockprotestantischen" Berlins, arme katholische Schulkinder nur dann unterstützen will, wenn sie zu protestantischen Lehrern in die Schule gehen. — Die Charlottenburger scheinen gegen die Berliner völlig fanatisirt zu sein. Vor wenigen Tagen wurde ein Arbeitsmann, v. Salis, von Charlottenburger Arbeitern nur deshalb in den Canal geworfen, „weil er ein Berliner sei." — Man sucht in Charlottenburg die Grenadiere für sich zu gewinnen, was denn auch durch Victualien und durch eine allgemeine Verdächtigung Berlins Seitens der Gardeoffiziere sehr gut gelingen soll. Wehe dem Soldaten, der Berliner Klubbs besucht. Der Bombardier Koch (oder Bock) soll aus dem Grunde, weil er im Socialverein mehrmals gesprochen, eine Strafe von 15 Monat Festungs-Arrest erhalten und kurz nach Antritt desselben geistesverwirrt geworden sein. — Es wird versichert, daß gegenwärtig in den Umgebungen Berlins im Ganzen 65 Geschütze aufgestellt sind, die bei einem etwaigen bewaffneten Aufstande gegen Berlin gebraucht werden sollen,

Berlin, 3. September. [Tagesbericht des Korrespondenz-Bureau's.] Endlich ist nun der größte Theil der bei den tumultuarischen Vorgängen vor den Ministerhotels am Abend des 21. v. M. verhafteten Personen ihres Arrestes entlassen worden, theils weil sich gegen sie nichts Strafbares herausgestellt hat, anderntheils aber, weil das ihnen zur Last gelegte Vergehen ihre längere Inhaftirung nicht rechtfertigt." — Ein Offizier der Bürgerwehr, Namens Holder-Egge, welcher am 14. Juni bei Gelegenheit der Entfernung der Schloßgitter eine Abtheilung Bürgerwehr kommandirt haben soll, ist, wie man uns berichtet, zur Untersuchung gezogen. Grund derselben ist die Nichtverhinderung der Entfernung der fraglichen Gitter. — Der Bürgerwehr-Kommandeur Rimpler hat jetzt nach vierwöchentlicher Führung des Kommando's ein Cirkulair an die einzelnen Bataillone der Bürgerwehr ergehen lassen, in welchem er dieselben auffordert, sich über die Art seiner bisherigen Führung auszusprechen. — Die sehr verschiedenen politischen Ansichten, welche in den einzelnen Korps der Bürgerwehr vorherrschen, dürften Herrn Rimpler zu dieser Maßregel veranlaßt haben. Wie verschieden aber die einzelnen Abtheilungen, sogar über den Standpunkt des Institutes der Bürgerwehr im Allgemeinen denken, beweist, daß zwei nahe aneinandergränzende Bezirke sich für den Fall eines Konfliktes mit dem Volke ganz entgegengesetzt ausgesprochen haben. Während der eine erklärt, sich in jedem Falle auf die Seite des Volkes stellen zu wollen, hält der andere es für seine Pflicht, bei jeder Ruhestörung, gleichviel welcher Art, gegen das Volk einzuschreiten. Es sind dies so ziemlich dieselben beiden divergirenden Ansichten, welche sich auch in unserer Nationalversammlung bei Berathung des Bürgerwehrgesetzes geltend machten in der Debatte über die Worte: „die gesetzliche Ordnung und staatliche Ordnung." Ebenso debattiren auch unsere Bürgerwehrmänner in ihren Bezirksversammlungen fleißig über die Formulirung des von ihnen nach dem von der Kammer berathenen Bürgerwehrgesetzes verlangten Eides. Auch hier sind es die beiden Ansichten der Nationalversammlung, welche den Stoff zur Debatte geben. — Die „fliegenden Buchhändler," welche ihr Geschäft unausgesetzt betreiben, werden noch immer häufig wegen des unbefugten Handels mit Flugblättern denuncirt. Die deswegen Angeklagten oder deren Eltern können meist nicht begreifen, daß sie nur bestraft werden, weil sie eben denuncirt worden sind, und daß alle die übrigen Contravenienten derselben Art, die ungestraften verbotenen Handel betreiben, dies nur ihrer Klugheit im Entgehen der Polizeibeamten zuzuschreiben haben. Die Eltern dieser meist jungen Contravenienten beklagen sich vorzüglich über die drückenden Zeitverhältnisse, und sind stets sehr ergriffen, wenn ihre Kinder, wenn auch nur kurze Zeit, in's Gefängniß sollen. Es ist schon der Fall vorgekommen, daß sich der Vater erboten, die Strafe für seinen Sohn abzusitzen. — Die Wahl des früheren Ministers Bornemann zum Abgeordneten für die hiesige Versammlung ist bekanntlich von der betreffenden Abtheilung wegen vorgekommener Formfehler für ungültig erachtet worden. Herr Bornemann soll nun beabsichtigen, bevor die Versammlung seine Wahl anullirt, sein Mandat niederzulegen. So hätten wir denn auch in Berlin wieder eine Neuwahl zu erwarten. Herr v. Kirchmann dürfte wieder als einer der Hauptkandidaten figuriren, obschon derselbe bereits in Schweidnitz nicht ohne Glück als Kandidat für die durch den Austritt des Abgeordneten Hepche nöthig werdende Neuwahl aufgetreten sein soll. — Ein Theil unserer Baumwollen-Waaren-Fabrikanten ist bei dem Magistrat um die Entlassung der bei den städtischen Erdbauten beschäftigten Weber eingekommen, da es an Arbeitern für ihre Fabriken fehle. — Der interimistische Oberst der Schutzmannschaft, Herr Heitz nimmt jetzt das Institut öffentlich gegen den in Journalen ausgesprochenen Verdacht der Spionage in Schutz; der Schutzmann sei, „wie ein Soldat auf Vorposten." Wir lassen es dahin gestellt sein, ob diese Vorpostenqualität sich auch auf die Schutzmänner erstreckt, welche in Civilkleidung öffentliche Lokale unter anderem Namen besuchen sollen. Ein anderes Kriterium des Institutes dürfte der Umstand sein, daß dasselbe in den ersten beiden Monaten bereits 87,420 Rtl. gekostet hat, und weitere 600,000 Rtl. dafür verwilligt worden sind Jedenfalls dürfte also wohl die verlangte 1 Million Rtl. nicht ausreichen. — Bis gestern (2.) Mittags sind als an der Cholera erkrankt 425 Personen angemeldet. Davon sind 261 gestorben, 43 genesen und 121 noch in Behandlung.

(Saats-Anz.) Aus dem Ministerium der geistlichen 2c. Angelegenheiten geht uns folgende Mittheilung zu: „Die Ueberzeugung, daß ein großer Theil der Elementarlehrer in der Monarchie nicht ausreichend besoldet sei, hatte, zumal mit Rücksicht auf die Theurung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse in den beiden vergangenen Jahren, den damaligen Minister der geistlichen 2c. Angelegenheiten veranlaßt, allerhöchsten Ortes die Bewilligung von außerordentlichen Unterstützungen für die am geringsten besoldeten Elementarlehrer zu bitten. — Für jedes der beiden vergangenen Jahre sind von des Königs Majestät 45,000 Thaler bewilligt und durch die königlichen Regierungen vertheilt worden. — Die eingetretenen Verhältnisse haben den ursprünglichen Plan, für sämmtliche Provinzen des Staates neue Schul-Ordnungen zu erlassen und in diesen für Gewährung einer auskömmlichen Besoldung der Elementarlehrer Bestimmung zu treffen, nicht zur Ausführung kommen lassen. — Wenngleich die bedeutenden Anforderungen, welche gegenwärtig an die Staatsfonds gemacht werden, so wie die Rücksicht auf die Lage des Staatshaushaltes überhaupt, in jeder Beziehung eine Beschränkung der Ausgaben zur Pflicht machen, so hat doch die noch fortdauernde bedrängte Lage vieler Elementarlehrer es gerechtfertigt erscheinen lassen, auch in diesem Jahre eine den Verhältnissen entsprechende Summe von des Königs Majestät zu erbitten, um durch Unterstützung der hülfsbedürftigsten Lehrer deren Freudigkeit für ihren schweren und wichtigen Beruf zu stärken. — Auf den Antrag der Ministerien der Finanzen und der geistlichen 2c. Angelegenheiten sind von des Königs Majestät zu diesem Zweck 20,000 Thaler bewilligt und aus dem Fond des Ministeriums der geistlichen 2c. Angelegenheiten zu gleichem Behufe noch 7000 Thaler zur Disposition gestellt worden, so daß im Ganzen 27,000 Thaler zur Verwendung kommen. Diese Summen sind je nach dem Bedürfniß auf die einzelnen Regierungs-Bezirke vertheilt und die königlichen Regierungen zu deren Verwendung ermächtigt worden."

[Die Parteien in der Berliner National-Versammlung.] Es lassen sich gegenwärtig etwa fünf Parteien in der National-Versammlung unterscheiden. 1) Die Rechte, geführt durch den früheren Minister Abg. v. Auerswald und den Abg. Reichensperger. Diese Partei hat ein eigenes Programm aufgestellt, welches wir früher bereits mittheilten. Es sitzen in ihr viele Mitglieder der Beamtenwelt und das Ministerium hat darin seine verlässigsten Stützen. Der Versammlungsort dieser Partei ist ein eigenes Lokal in der Behrenstraße. 2) Das rechte Centrum. Diese Partei ist neugebildet. Ihre Haupt-Parole ist „Disciplin," worunter die absolute Unterordnung des Einzelnen unter den Majoritätsbeschluß der Partei verstanden wird, — eine Forderung, welche durch das oft sehr anarchische Verhalten der rechten Seite hervorgerufen, zugleich aber auch Grund geworden zu sein scheint, daß manche sonst sympathisirende Mitglieder sich vom Anschluß fern gehalten haben. Die Grund-Elemente dieser Partei bestehen aus Bruchstücken der rechten Seite und des linken Centrums, deren Erstere durch den Abg. Harkort, die Letzteren durch den Abg. Zachariä geführt werden. Wie uns erzählt wird, soll Hrn. Harkort, der sonst zu den „rechtesten Mitgliedern der Rechten" gezählt wurde, die Bergwerks-Frage zum Abfall bewogen haben, da man sich auf der rechten Seite weigerte, diese ihn sehr nahe angehende Angelegenheit zur Parteifrage zu machen; bekanntlich eröffnete er deshalb schon in einer früheren Sitzung auf eigene Faust eine Plänkelei gegen das Ministerium. Hr. Zachariae gehörte früher mit zur Rodbertus'schen Fraction, welche in Folge des Schultze-Wanzlebenschen Amendements einstweilen wesentlich desorganisirt zu sein scheint, indem Viele der Partei bei der Abstimmung einen anderen Weg innehtelten als der Führer und Beide sich hernach gegenseitig Unzuverlässigkeit vorwarfen. Ein scharf abgeschlossenes Glaubensbekenntniß scheint vom rechten Centrum nicht aufgestellt zu sein, wenigstens ist es nicht veröffentlicht worden, im Allgemeinen möchte aber wohl eine etwas lauere Stimmung gegen das Ministerium die Grundfarbe sein, wozu insbesondere ein freierer Vorbehalt des Votums in Finanz- und Steuerfragen kommt. Der Versammlungsort dieser Partei ist das englische Haus in der Mohrenstraße. 3) Das Centrum, geführt durch den Abgeordneten Kosch von Königsberg. Dasselbe versammelt sich im Hotel de Russie, und hat ebenfalls sein bestimmtes Programm aufgestellt. Es wird darin manches als offene Frage behandelt, worüber die andern Parteien, nach dieser oder jener Seite hin, schon abgeschlossen haben, so z. B. das Ein- oder Zweikammer-System. Die Revolution wurde hier sofort anerkannt. — Diese drei Fractionen stehen mit einander in einem gewissen Cartell. Sie beschicken sich gegenseitig in allen wichtigen Fragen und sichern durch gemeinsame Vorbesprechungen in den Partei-Versammlungen eine Uebereinstimmung unter sich festzustellen. 4) Das linke Centrum im Hotel de Petersburg. Dasselbe wird durch Rodbertus geführt und soll sich neuerdings mehrfach aus der linken Seite rekrutirt haben. Diese letztere, auch äußerste Linke genannt, ist endlich die fünfte und letzte hier zu erwähnende Fraction. Ein bestimmter

Führer der äußersten Linken ist nicht bekannt, eben so wenig ein bestimmter Versammlungsort. Letzterer scheint zu wechseln und das Führeramt sich unter mehrere der namhaften Mitglieder dieser Partei zu vertheilen. Im Grunde bilden das linke Centrum und die äußerste Linke ein geistiges Ganze, wie man namentlich aus ihren gemeinschaftlichen Abstimmungen erkennt; wahrscheinlich beschicken diese sich auch gegenseitig in ihren Privat-Versammlungen. Das Glaubensbekenntniß dieser Fractionen ist bekannt, der Unterschied zwischen ihnen scheint nur in der extremeren Richtung der äußersten Linken zu liegen, so wie in einer gewissen diplomatischen Klugheit, welche eben deshalb das linke Centrum veranlaßt hat, sich von der äußersten Linken äußerlich zu trennen. — In neuerer Zeit ist ein Versuch der linken Seite vorgekommen, auch die Parteien der rechten Seite zu beschicken, doch ist dadurch kein Resultat erzielt worden. (Voß. Z.)

[Militärische Petition.] Seit längerer Zeit schon ist eine Petition der Landwehr in vielen Exemplaren verbreitet worden, welche zum Gegenstande hat, von Sr. Majestät dem Könige die Ernennung des Prinzen von Preußen zum Oberbefehlshaber des ganzen Heeres zu erbitten. — Die Betheiligung daran ist außerordentlich groß, auch im stehenden Heere, indem der Kriegsminister auf Anfrage erklärt hat, daß es den einzelnen Soldaten unbenommen sei sich zu betheiligen, daß er jedoch eine Petitionirung derselben als Corps nicht zulassen könne. (Voss. Ztg.)

[Herr v. Schleinitz.] In höchsten Sphären ist hier jetzt ein seltsamer Vorfall, der unseren Gesandten in Hannover betroffen haben soll, das Tagesgespräch. Der König von Hannover hat nämlich nach Sanssouci geschrieben, Herr v. Schleinitz (beiläufig gesagt, bei Hofe das Orakel aller Welt) sei plötzlich verschwunden, Niemand wisse wohin. Er habe nicht nur ein königl. Diner ohne Absagung versäumt, sondern auch ein eigenes Diner, ohne es absagen zu lassen, nicht abgehalten. So unerhörte Dinge sind natürlich nicht ohne geheimnißvolle Begegnisse zu erklären. Und — was soll man dazu sagen — dennoch treffen zwei zu derselben Zeit, vom 23. und 26. August, vom Herrn v. Schleinitz unterzeichnete Depeschen im auswärtigen Amte ein. (Leipz. Z.)

Posen, 2. September. Die hiesige Zeitung enthält folgende Bekanntmachung: „Die königl. polnischen Behörden haben das dort unterm 9—21. März d. J. erlassene Verbot der Getreide-Ausfuhr nach dem Auslande in der Art aufgehoben, daß die Ausfuhr von Roggen und allen Gattungen von Mehl gegen die durch den Zoll-Tarif festgestellte Abgabe wieder gestattet ist; nur die Ausfuhr des Hafers bleibt nach wie vor verboten. — Dies mache ich dem geehrten Handelsstand der hiesigen Provinz bekannt. Posen, den 27. August 1848. Der Ober-Präsident des Großherzogthums Posen.“

Halle, 31. Aug. [Beschlüsse der Bürger-Versammlung.] In der gestrigen Bürgerversammlung ward beantragt und genehmigt, den Reichsverweser zu befragen, ob er wirklich in Köln jene ihm so übel ausgelegten Worte zu dortigen Offizieren gesprochen: „Meine Herren, es bleibt Alles beim Alten, Sie dienen Ihrem Könige, ich meinem Kaiser“, oder ob jene Zeitungsnachrichten nicht vielmehr böswillige Erfindungen der Reaction seien. Ferner sollte die Potsdamer Bürgerwehr um Auskunft gebeten werden über die angebliche Aeußerung des Königs, wonach er bei einer Parade derselben persönlich nur dann erscheinen zu können erklärt haben soll, wenn man sich aller Demonstrationen für die deutsche Einheit und den Reichsverweser enthalten wolle. Das Resultat soll durch die Zeitungen veröffentlicht werden. [D. A. Z.)

Von der Unstrut, 26. August. [Die Bauern und die Preußen-Vereine.] Die Bauern an der Unstrut sind durch und durch demokratisch gesinnt. Dasselbe kann man auch von Bewohnern der kleinen und Mittelstädte des nord- und östlichen Thüringens behaupten. Als einen Beweis hierfür will ich Ihnen einen Vorfall aus dem sonst so friedlichen Freiburg mittheilen. Die Bewohner dieses Städtchens, schon vor den Märzereignissen durch und durch deutsch gesinnt, hatten kaum gehört, daß einige ihrer Beamte, aufgefordert durch die Herren von Tettenborn und von Rauchhaupt, welche beide Herren in der Nähe auf ihren Rittersitzen leben, dem „Verein für König und Vaterland“ als Mitglieder beigetreten waren, als eine solche Aufregung unter ihnen sich kund gab, daß man gefährliche Exzesse befürchten mußte. An allen Orten hallte das Geschrei wieder: „Wir wollen keine Preußenvereine! Wir wollen keine Reaktion!“ Nur mit Mühe gelang es einigen Männern von Einfluß, die Gemüther einigermaßen wieder zu besänftigen. Doch konnten sie nicht verhindern, daß den dem „Verein für König und Vaterland“ beigetretenen Freiburgern wiederholt schauerliche Katzenmusiken gebracht und die auf diese Weise ausgezeichneten Personen gezwungen wurden, sich dem improvisirten Aufzuge anzuschließen. Die Aufregung ist noch immer groß und scheint in Folge der Arretirung einiger Rädelsführer noch zu wachsen. (Aach. Z.)

[Besorglicher Zustand in Erfurt.] In Folge der Beleidigungen, welche sich in Erfurt Offiziere gegen Bürger erlaubt haben, und in Folge des Gebahrens der Reactionspartei daselbst, namentlich in Folge der Angriffe derselben gegen den Abgeordneten Krackrügge, herrscht gegenwärtig unter den Bürgern und Arbeitern dieser Stadt eine Aufregung, die der gleich kommt, von welcher unmittelbar nach dem 18. und 19. März unsere Junker und Bureaukraten mit so gewaltigem Respekt erfüllt wurden. Ein dunkles Gerücht spricht von Unruhen, die übermorgen in Erfurt ausbrechen sollen. Der Ober-Bürgermeister dieser Stadt, dem man in den Lokalblättern schon öfters den Rath ertheilt hat, abzudanken, soll nun wirklich seine Entlassung eingereicht haben. Dasselbe behauptet man von dem dortigen Regierungs-Präsidenten du Vignon, einem bekannten Kollaborator des gestürzten Polizei-Staates. — Zwei Batterien Fußartillerie, welche bisher in der Gegend von Erfurt postirt waren, sind gestern nach der Gegend von Berlin aufgebrochen. (Aach. Z.)

Düsseldorf, 31. Aug. [Volksversammlung.] Die Verhaftung Freiligraths hat eine außerordentliche Sensation in Stadt und Land hervorgerufen. Plakate riefen gestern Abend eine große Volksversammlung zusammen. Der Volksklubb und der demokratische Verein präsidirten derselben. Die Massen waren aufgeregt, und es gelang nur dem energischen Verfahren der Vorsitzenden, dieselben von übereilten Handlungen abzuhalten. Man beschloß, eine Deputation von 25 Personen aus beiden Vereinen an den Oberprokurator zu senden, um anzufragen, worin der Grund zu der Verhaftung liege, und ferner um zu bitten, die Untersuchungshaft so viel als möglich abzukürzen und dieselbe dem berühmten Gefangenen zu erleichtern. — Diesen Morgen nun begab sich diese Deputation (der sich eine Deputation des Kölner Arbeitervereins anschloß) zum Ober-Prokurator, welcher ihnen die Versicherung gab, daß der Verhaftsbefehl nicht allein von der hiesigen Jastizbehörde ausgegangen sei, die Beschleunigung der Untersuchung fordere schon das Gesetz und für die bestmögliche Behandlung des großen Dichters werde Alles aufgeboten werden. Die Deputationen begaben sich demnächst in ein nahes Lokal, um sofort eine energische Adresse an das Ministerium in Berlin zu entwerfen, in welcher auf die möglichen Folgen, welche durch die große Aufregung des Volkes hervorgerufen werden könnten, aufmerksam gemacht werden soll. (Düsseld. Z.)

Koblenz, 30. August. [Polen. Petition.] Nicht ohne innige Theilnahme sah man gestern eine Anzahl Polen, 86 Mann verschiedener Altersklassen zählend, auf dem Dampfboote der Düsseldorfer Gesellschaft, unter einer kleinen Militär-Eskorte, hier eintreffen. Sie sind aus Russisch-Polen und, um den milden Strafen des Czaarenthums zu entgehen, nach Preußen geflüchtet. Auf ihren Wunsch werden sie nun auf Staatskosten von unserer Staats-Regierung nach Frankreich befördert, wo sie fern von der Heimath ihrer Väter ein Asyl zu finden hoffen. — Vor einiger Zeit wurde von mehreren Feldwebeln und Unteroffizieren hiesiger Garnison ihren Kameraden eine Petition zur Unterschrift vorgelegt, worin beantragt wird, daß der Prinz von Preußen sich an die Spitze der Armee stellen möge. Inzwischen fand die Sache nicht den gehofften Anklang und Viele, ja sogar die Mehrzahl, verweigerten die Unterschrift. (Düsseld. Z.)

[Das deutsche Reichsministerim und die Wünsche des Volks.] Nach einer Bekanntmachung des k. sächsischen Ministeriums des Innern vom 8. d. M. wünscht das deutfche Reichsministerium von den Zuständen, Wünschen und Bedürfnissen des deutschen Volkes sich die genaueste Kenntniß zu verschaffen und zu diesem Ende die Zusenduug derjenigen Zeitschriften, welche über diese Gegenstände Auskunft zu ertheilen im Stande sind. Das Ministerium setzt die Redaktionen der betreffenden Zeitschriften davon in Kenntniß und setzt voraus, daß dieselben diesem Wunsche, auch bevor eine desfallsige gesetzliche Bestimmung erlassen, gerne entsprechen werden. Dieses Bestreben der Centralgewalt, sich von den Wünschen und Bedürfnissen des Volkes Kenntniß zu verschaffen, muß dankbare Anerkennung finden, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß auch an die diesseitige Regierung eine gleiche Eröffnung erfolgt ist. Ueber die Gründe, welche einer entsprechenden Veröffentlichung bis heran im Wege gestanden, sind wir im Dunkel. (Mosel-Z.)

Aachen, 2. Septbr. Mittelst allerhöchster Kabinetsordre vom 12. d. M. haben des Königs Majestät der anonymen Gesellschaft des Eschweiler Bergwerks-Vereins die Aufnahme eines Darlehns bis zum Betrage von 450,000 Rthl., gegen Verpfändung des Immobilarvermögens der Gesellschaft und Ausgabe von 450 Stück auf den Namen der Darleiher lautender Partial-Obligationen à 1000 Rthl. zu bewilligen geruht. (Aach. Z.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 31. Aug. (69ste Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung am 31. August.) Die Sitzung wird durch den Präsidenten von Gagern eröffnet. Reichsminister des Aeußern theilt mit, daß nach aus Berlin eingegangener Nachricht am 26. August zu Malmö ein Waffenstillstand zwischen Deutschland und Dänemark abgeschlossen worden ist. Die fernere Mittheilung über Zeit und Modalitäten des Waffenstillstandes behält sich der Minister bis zum Eingange der näheren Nachcichten vor. Mit Bezugnahme auf diese Zusicherung zieht Dahlmann eine bereits übergebene Interpellation vorläufig zurück. Reichs-Justizminister Rob. Mohl legt einen Gesetz-Entwurf über Bekanntmachung der Reichsgesetze vor. Die Verkündigung geschieht durch die provisorische Centralgewalt in einem unter Verantwortlichkeit des Reichs-Justizministeriums erscheinenden Reichsgesetzblatt. Zugleich werden die Gesetze den einzelnen Regierungen zur nochmaligen speziellen Verkündigung in den einzelnen Ländern mitgetheilt. Die Gesetze erhalten verbindende Kraft 20 Tage nach Ausgabe des Reichsgesetzblatts in Frankfurt. Schüler aus Jena beantragt für den Fall, daß Rob. Mohl als Reichs-Minister die Vorlage gemacht habe, Prüfung der Frage durch den Verfassungs-Ausschuß, inwiefern der Centralgewalt die Initiative bei der Gesetzgebung zustehe. Reichs-Justiz-Minister Mohl hat gegen diese Verweisung nichts zu bemerken, erinnert übrigens daran, daß er bereits früher als Abgeordneter die Frage wegen Verkündigung der Reichsgesetze in Anregung gebracht habe. Die Vorlage eines Entwurfs sei als die einzige Betheiligung der Centralgewalt bei der Gesetzgebung zu betrachten. Behr von Bamberg macht darauf aufmerksam, daß es sich im vorliegenden Falle nur um einen Akt der Vollziehung, die Verkündigung der Gesetze, handle. Die Versammlung beschließt auf Vorschlag des Präsidenten, den Entwurf dem Gesetzgebungs-Ausschuß zur Begutachtung zuzuweisen. Es wurde hierauf zur Wahl des Präsidenten geschritten. Heinrich von Gagern erhält (bei 436 Stimmenden) 396 Stimmen. Heinrich von Gagern wird als Präsident verkündigt. (Beifall.) Präsident von Gagern: Ich danke Ihnen für die Nachsicht, mit der Sie meine bisherige Geschäftsführung beurtheilt haben, und für das Vertrauen, das Sie mir von neuem beweisen. Ich hoffe, daß ich auch in meiner neuen Geschäftsführung mich beider nicht unwerth zeigen werde. (Beifall.) Bei der nun folgenden Wahl des ersten Vice-Präsidenten wurde v. Soiron mit 284 Stimmen bei 435 Stimmenden gewählt. (Beifall; Zischen auf der Linken.) von Soiron: Ich danke Ihnen, daß Sie mir Ihr Vertrauen erhalten haben; ich werde meine Pflicht, wie bisher, üben. (Beifall; andauerndes Zischen auf der Linken.) Viele Mitglieder der Linken geben eine Erklärung zu Protokoll, nach welcher sie bei der, trotz der bisherigen Erfahrungen, erfolgten Wiedererwählung von Soiron's, für welchen sie nicht gestimmt haben, die Schuld aller nachtheiligen Folgen von sich abweisen. (Gelächter auf der Rechten.) Es wird hierauf zur Wahl des zweiten Vice-Präsidenten geschritten. von Hermann aus München erhält bei 417 Stimmen 270 Stimmen, Heinr. Simon 108 St. von Hermann wird als zweiter Vice-Präsident verkündet. (Beifall.) v. Hermann: Ich danke für das ehrende Vertrauen, mit welchem Sie mich wieder zum Gehülfen des edlen Mannes ernannt haben, den Deutschland mit Stolz an Ihrer Spitze sieht. Ich werde stets mich bestreben, nach der Geschäfts-Ordnung Ihren Willen zu ergründen und zu vollziehen. (Beifall.) Für den Flottenbau sind wieder gegen 7500 Fl. an Beiträgen, darunter von Deutschen aus Konstantinopel (Beifall) eingegangen. Es wird hierauf zur Diskussion über den zweiten Bericht des Ausschusses für Geschäftsordnung über die Art der Ergänzung der Ausschritte geschritten. Es sind zu dem Ausschuß-Antrage *) verschieden Verbesserungs-Anträge gestellt. An der Diskussin nehmen Theil: Murschel, Spatz, Degenkolb, Neugebaur, Pfeiffer von Adamsdorf, Vogel aus Dillingen, von Lindenau. Der Ausschuß-Antrag wird angenommen. In einer der letzten Sitzungen hatte von Soiron Bericht erstattet über eine dem Fünfziger-Ausschuß von Seiten des Frankfurter Senates gemachte Vorlage von 2000 Fl. Die

*) Dieser lautet in einer modifizirten Fassung: „Jeder der sieben Ausschüsse, in welchen Stellen zur Erledigung gekommen sind, und zwar je einer nach dem anderen, bringt zur Ergänzungswahl der in seiner Mitte fehlenden Stellen nach absoluter Majorität drei Abgeordnete in Vorschlag, also daß für die erledigten zum Zweck der Wahl bekannt zu machenden Stellen je unter Bezeichnung der betreffenden Ausschüsse die dreifache Anzahl Mitglieder genannt werden. Nachdem das hierüber gefertigte Verzeichniß sämmtlichen Mitgliedern der Reichs-Versammlung im Drucke mitgetheilt sein wird, werden die Ergänzungswahlen durch die ganze Versammlung, aber nur aus jenen besonderen Vorschlägen in jeden einzelnen Ausschuß, in der Art vorgenommen, daß alle diese Wahlen je auf einen Stimmzettel nach gedrucktem Formulare zu setzen sind, daß die Wahl nach relativer Stimmenmehrheit gültig ist und das Ergebniß einzig von dem Büreau ermittelt wird. Fällt die Wahl auf ein Mitglied, welches von seiner Berechtigung der Ablehnung der Wahl Gebrauch macht, so findet eine neue Wahl statt. Nach jeder künftigen Erledigung in den einzelnen Ausschüssen, insofern seit deren ursprünglichen Wahl eine neue Verloosung der Abtheilungen stattgefunden hat, ist auf eben dieselbe Weise zu verfahren.“

National-Versammlung beschließt, den Betrag mit Dank zurückzuersetzen. Ferner wird nach einem bereits früher von Tafel aus Stuttgart gestellten Antrag dem Fünfziger-Ausschuß für seine patriotische Aufopferung der Dank der deutschen Nation ausgesprochen. (Beifall.) Zugleich sollen den Mitgliedern des Fünfziger-Ausschusses aus der Reichskasse Reisekosten, wie den Mitgliedern der National-Versammlung, und drei Thaler Tagegeld gezahlt werden. Schluß der Sitzung 2 Uhr. Tagesordnung der morgentlichen Sitzung: 1) Beantwortung von Interpellationen durch die Reichs-Minister, 2) Berathung über den Bericht des Geschäftsordnungs-Ausschusses wegen Wiedereröffnung der Gallerien, 3) Fortsetzung der Berathung über die Grundrechte. (O.P.A.Z.)

Frankfurt a. M., 1. Septbr. [Die Bevollmächtigten bei der Centralgewalt.] Die Ober-Postamts-Zeitung enthält in ihrem amtlichen Theile Folgendes: „In Gemäßheit des Artikels 14 des Gesetzes vom 28. Juni d. J. haben bereits die Regierungen der meisten Staaten Deutschlands ihre Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt ernannt, und es ist zu hoffen, daß auch von Seiten der übrigen Regierungen diese Ernennung binnen Kurzem erfolgen werde. Die bereits ernannten Bevollmächtigten sind: für Preußen: Herr Staatsminister Camphausen; für das Königreich Sachsen: Herr geheimer Regierungsrath Kohlschütter; für Hannover: Herr Justizrath v. Bothmer; für Würtemberg: Herr Ober-Tribunalrath Freiherr v. Sternenfels; für Baden: Herr geheimer Rath Welcker; für Kurhessen: Herr geheimer Legationsrath Sylvester Jordan; für das Großherzogthum Hessen: Herr Ministerialrath v. Eigenbrodt; für Holstein: Herr Professor Dr. Madai; für Lauenburg: Herr geheimer Rath Welcker; für Luxemburg und Limburg: Herr Staatsrath v. Scherff; für Sachsen-Weimar: Herr Staatsrath v. Wyoenbrugk; für Sachsen-Meiningen: Herr Staatsrath Seebeck; für Sachsen-Koburg-Gotha: Herr geheime Regierungsrath Kohlschütter; für Braunschweig: Herr geheime Legationsrath Dr. Liebe; für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: Herr Regierungsrath Dr. Karsten; für Oldenburg: Herr Oberst Johann Ludwig Mosle; für Hohenzollern, Reuß und Hessen-Homburg: Herr geheimer Rath Freih. Adolf v. Holzhausen; für Lippe-Detmold: Herr geheim. Justizrath Petri; für Hamburg: Herr Senator Kirchenpaur; für Frankfurt: Herr Schöff Dr. Souchay; für Bremen: Herr Bürgermeister Smidt; für Lübeck: Herr Senator Dr. Heinrich Brehmer."

Frankfurt, 1. Septbr. Vormittags 10¼ Uhr. In der heutigen 70. Sitzung der constituirenden deutschen Reichsversammlung zeigte der Präsident die Constituirung des Finanzausschusses an, zu dessen Präsidenten Herr a. Rotenhan erwählt worden. Die Interpellation des Abgeordneten Reh und Consorten beantwortet der Reichsminister des Auswärtigen dahin, daß es die Ansicht des Ministerraths sei, die Vorlage des Programms über äußere Politik mit Hinsicht auf das Eintreffen des Abschlusses des Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Dänemark vorläufig noch auszusetzen, da in dieser letzten Beziehung noch keine weiteren Mittheilungen der königl. preußischen Regierung dem Reichsministerium zugegangen seien. Als Gesandter für Brüssel ist Graf Drachenfels bestimmt. Raveaux hat den Gesandtschaftsposten für die Schweiz angenommen. Die Wernher'sche Interpellation, die Limburgsche Frage betreffend, beantwortet der Reichsminister des Auswärtigen dahin, daß er den betreffenden Gesandten für die Niederlande beauftragt, der niederländischen Regierung die officielle Mittheilung von den Beschlüssen der Nationalversammlung zu machen, so wie die Verwirklichung dieser Beschlüsse zu beantragen, ferner sämmtliche Beschwerden der Bewohner Limburgs der holländischen Regierung zu unterbreiten, und falls der Thatbestand sich bewahrheite, die entsprechende Genugthuung zu beantragen. Wernher giebt sich mit dieser Erklärung nicht zufrieden und stellt sofort zwei neue Anträge, über deren Dringlichkeit in diesem Augenblick abgestimmt wird. (O. P. A. Z.)

Der Bericht des Frkf. J. über diese Sitzung geht etwas weiter; er lautet: In der heutigen 70. Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung wurde durch eine von dem Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten gegebene Erklärung in Betreff der Limburger Frage eine mehrstündige Debatte herbeigeführt. Der Abg. Wernher hatte beantragt: Die Nationalversammlung wolle beschließen, daß die betreffenden Papiere auf den Tisch des Hauses niedergelegt werden sollen, und zugleich aussprechen, daß das Ministerium des Auswärtigen in dieser Sache nicht den Grad von Beflissenheit bewiesen habe, den es hätte beweisen sollen. Von dem Abg. Eisenmann war dagegen auf einfache Tagesordnung, von andern Mitgliedern auf motivirte Tagesordnung angetragen. Die einfache Tages-Ordnung murde mit 213 gegen 197 Stimmen verworfen, dagegen der Antrag Stedtmann's angenommen: in Erwägung, daß die eingetretene Verzögerung des diplomatischen Verkehrs mit dem Auslande durch die gegebenen Erläuterungen des Ministeriums hinlänglich gerechtfertigt sei, zur motivirten Tagesordnung überzugehen.

G **Frankfurt a. M.**, 30. Aug. [Der wissenschaftliche Kongreß] hielt gestern seine dritte und letzte Sitzung. Diesmal hatte das Comité die letzten §§ neu ausgearbeitet und man hielt sich bei der Debatte nur an diese, indem man das gedruckte Programm ganz außer Augen ließ. Diese §§ enthielten die Grundzüge der Verfassung der nen zu stiftenden Universität. Daß diese eine rein demokratische sein müsse, darüber war man vollkommen einig, nur wie sie im Einzelnen auszuführen sei, darüber konnte man nicht bestimmte Pläne entwerfen, so lange man nicht den Boden hatte, auf dem sie fußen sollten. Das aber wurde als Voraussetzung angenommen, daß die Studenten an der Verwaltung und der Berufung der Lehrer betheiligt sein müßten; die anwesenden Studenten verlangten dieses Recht für sich, denn einerseits, wenn die Studentenschaft jetzt zu einem solchen Rechte nicht reif sei, so sei der einzige Weg, sie dazu zu machen, der, daß man sie in die Verlegenheit setze, solche Rechte auszuüben und deshalb die nöthige Reife dazu sich zu erwerben; andrerseits aber sei das das beste Mittel, um nicht alte und überlebte Schulen sich ausschließlich in den Lehrstühlen festsetzen zu lassen, da die neuen Richtungen bei der Jugend den ersten Anklang fänden. — Wie man es mit der Zulassung von Lehrern, den sogenannten Privatdozenten, halten solle, ob man diese vollkommen offen lassen, oder beschränken und wie beschränken solle, darüber konnte man zu keinem Beschlusse kommen, und es ist zu hoffen, daß die Presse sich dieser Frage annehmen wird, damit sie bei Errichtung der Muster-Universität ihre vollkommne Befriedigung finde. Wahrscheinlich wird auch hierin die Erfahrung die besten Lehren geben. — Ferner stand die Gründung akademischer Jahrbücher, die mit der Universität verbunden sein sollten, auf der Tagesordnung. — Für wie nothwendig man ein solches Institut auch hielt, das den Geist der hallischen und deutschen Jahrbücher jetzt vollkommen frei entwickeln und zur Wirklichkeit gestalten könne, das „durch die wahre Praxis das erreiche, was sonst durch die falsche Praxis, die der Barrikaden und Kartätschen, erreicht werde," so sah man doch ein, daß sich im Augenblicke nicht die Mittel dazu schaffen ließen, und mußte es daher aufschieben, bis Zeit und Gelegenheit günstiger wären. — Endlich beschloß man, es dem Ausschusse, der den Kongreß zusammenberufen, zu überlassen, durch drei Mitglieder sich zu verstärken und mit Wien die nöthigen Unterhandlungen einzugehen. — Dieser Ausschuß hat bereits den Herrn Simon Deutsch aus Wien bevollmächtigt, die desfallsigen Einleitungen daselbst einzugehen, und hat Adressen verfaßt an das Ministerium, den Reichstag und die Studentenschaft in Wien. Die letztere lautet:

An das Studenten-Comité in Wien!

Am 27., 28. und 29. August fand in Frankfurt a. M. ein wissenschaftlicher Kongreß statt, der über die Gründung einer freien demokratischen Universität berieth und seine Beschlüsse in einer Reihe von §§ niederlegte, welche wir beifügen. Während der Berathungen trat Euer Kamerad S. Deutsch auf und schlug dem Kongresse vor, sein Augenmerk auf Wien zu richten, wo gerade jetzt die Universität neu zu gründen sei und wo sie, Angesichts eines freien Volkes und einer heldenmüthigen studirenden Jugend, nur demokratisch, nur im Sinne des freien und neuen Geistes gegründet werden könne. Wenn so zu den vorhandenen äußerlichen Mitteln, unter der Aegide der Freiheit, das Beste aus der Gesammtwissenschaft Deutschlands hinzuträte, so habe sich eine neue großartige Revolution, die Revolution der Nationalerziehung vollzogen. — Ihr hättet den Sturm sehen sollen, unter dem dieser Antrag diskutirt und angenommen wurde; seit jenem Augenblick war es uns fast zur Unmöglichkeit geworden, den Gedanken der freien Universität von dem an Wien und an Euch zu trennen. — Studenteu von Wien! Wir wenden uns heute noch an Euren konstituirenden Reichstag und an Euer Ministerium, um bei ihnen den förmlichen Antrag auf Annahme und Verwirklichung unseres Planes zu stellen. Unterstützt ihn mit allen Euch zu Gebote stehenden Mitteln, und sobald der Augenblick gekommen ist, wo es nur noch an einer persönlichen Verständigung zwischen Euch und uns fehlt, werden wir sofort eine Deputation aus unserer Mitte entsenden, welche mit der innigsten Freude den demokratischen Boden des gemeinsamen Vaterlandes betreten wird. Gruß und Bruderschaft den Studenten von Wien.

Frankfurt, 30. August 1848.

Der Ausschuß für die freie deutsche akademische Universität.

Dr. Adler in Worms. Dr Moritz Carriere, Dozent der Philosophie in Gießen. S. Deutsch in Wien. Robert Giseke aus Breslau, Abgeordneter der Vorortsbehörde der deutschen Studentenschaft. Dr. Carl Grün in Trier. Gottfr. Rinkel, Prof. in Bonn. Dr. Kapp, Gymnasial-Direktor in Hamm. Dr. Ludwig Noack in Oppenheim. Dr. A. Peters in Dresden. Dr. Nauwerk aus Berlin, Abgeordneter in Frankfurt.

Mainz, 30. August. [Excesse.] Wegen einiger unseren Soldaten anstößigen Zerrbilder, die der Inhaber der Bude trotz des wohlgemeinten Rathes eines Stabsoffiziers nicht entfernen wollte, wurden ihm gestern Abend von mehreren preußischen und österreichischen Militairs nicht nur jene Karrikaturen selbst, sondern auch noch verschiedene andere Bilder zerstört. Wir erfahren soeben, daß eine kleine Bande gestern Abend dem Provinzialkomissär v. Dalwigk eine Katzenmusik brachte und dann lärmend durch die Straßen zog. (M. Z.)

Gießen, 31. August. [Blutiger Conflikt.] Wir haben eine sehr unruhige, ja traurige Nacht verlebt. Gestern Abend, etwa um 11 Uhr, läßt sich ein Student beigehen, da man ihm den Eintritt in ein Haus verweigert, die Fensterläden auszuheben und die Fenster einzuschlagen. Eine dazu kommende Patrouille der Bürgerwehr will ihn geziemender Maßen arretiren; der Student setzt sich aber mit scharfen Waffen zur Wehre, und zwingt so die Bürgerwehr, auch ihn ernsthaft zu tractiren. Auf den Hülferuf der Studenten „Bursche 'raus" erscheinen alsbald Massen von Studirenden; doch gelingt es, den Studenten auf das Rathhaus, wo die Hauptwache der Bürgerwehr ist, zu bringen. Nun organisiren sich aber die Studenten, um das Rathhaus zu stürmen, und sofort ertönte nun durch die Straßen von der einen Seite der unausgesetzte Ruf „Bursche 'raus," von der anderen Generalmarsch. Die zahlreich erscheinende Bürgerwehr säubert nun in geschlossenen Colonnen den Markt, besetzt alle Zugänge zu demselben und verhindert so den Zutritt zum Rathhaus. Jetzt errichten die Studirenden, von der Bürgergarde nach dem Wallthore gedrängt, eine Barrikade, und — leider sind durch Steinwürfe mehrere Bürger in ihrem Dienste für Ruhe und Ordnung gar nicht unerheblich verletzt. Bei dem Treiben und Ringen um den Platz des Widerstandes sind im Nu die Laternen zertrümmert, in voller Finsterniß fällt ein Schuß, und mit dem Rufe „Wasser, Wasser, ich bin getroffen" stürzt ein Studirender zu Boden. Er war nach 10 Minuten verschieden, ein geborner Gießener. Ungewiß ist noch, von welcher Seite der Schuß gekommen ist; die Bürger behaupten, ein Student, der weiter zurückgestanden, habe geschossen, und dafür spricht, daß der Schuß in den Rücken gekommen ist, die Studenten behaupten, der Schuß sei von der Bürgergarde gekommen. Der Hauptmann hat aber sogleich die Gewehre untersuchen lassen, ohne eine Spur von Ladung zu finden. Heute ist es ruhig. (F. J.)

Hohenzollern Sigmaringen. Das Verordn.- und Anz.-Blatt enthält eine Bekanntmachung, wonach der Fürst Karl die Regierung wegen vorgerückten Alters in die Hände des Erbprinzen niedergelegt.

Das Fürstenthum Lippe-Bückeburg hat sich entschlossen, selbstständig zu bleiben. Zu diesem Zwecke hat es eine Petition nach Frankfurt geschickt. Man fürchtet dort, der Fürst möchte, wenn er mediatisirt würde, das Land verlassen.

München, 29. August. [Volksversammlung.] Eine am 27. August in Nördlingen abgehaltene Volksversammlung war von 12—15,000 Menschen besucht, unter welchen Fürst Ludwig Wallerstein durch seine äußere Erscheinung und sein Benehmen die allgemeine Aufmerksamkeit erregte. Es waren 19 baierische und würtembergsche Vereine vertreten, die den Beschluß faßten, eine bleibende organisirte Verbindung einzugehen, die sich künftig auf alle gleichgesinnten Vereine beider Länder erstrecken soll. Als leitende Grundsätze wurden folgende angenommen: Die Erstarkung einer wahren und kräftigen Einheit des deutschen Volkes, die Einführung des Princips der Humanität unb gleicher Berechtigung in allen gesellschaftlichen und bürgerlichen Verhältnissen, die entschiedene Durchführung des demokratischen Princips im deutschen Vaterlande. Die Beschlüsse der Nationalversammlung werden sowohl für das deutsche Volk als für seine Fürsten für bindend anerkannt." Ferner wurde eine Adresse an die Nationalversammlung, die Annullirung des Verbots der demokratischen Vereine betreffend, von dem Demokraten Ludwig Wallerstein entworfen und angenommen.

Schleswig-holstein'sche Angelegenheiten.

Berlin, 3. Septbr. Die Ratifikationen des am 26. August zwischen Preußen und dem deutschen Bunde einerseits und Dänemark andererseits abgeschlossenen Waffenstillstandes sind am 1. September in Lübeck ausgewechselt worden und die Vollziehung hat bereits begonnen, indem von der königl. dänischen Regierung die Ordres zur Aufhebung der Blokaden an die betreffenden Kommandirenden der Schiffe abgesandt sind. (Staats-Anz.)

Hamburg, 1. Septbr., 9 Uhr Abends. Der k. preußische Vice-Konsul, Hr. Stägemann hierselbst, hat ein Schreiben aus Lübeck, datirt heute Mittag 3 Uhr, folgenden Inhalts erhalten: „So eben schreibt mir Hr. General v. Below Folgendes: Ich beeile mich hierdurch, Ew. Hochwohlgeboren ergebenst anzuzeigen, daß die Auswechselung der Ratifikationen der Waffenstillstands-Convention, datirt Malmö, den 26. Aug., so eben zwischen mir und dem königl. dänischen Commissaris, Hrn. v. Reetz, stattgefunden hat, so daß die Sache als abgemacht anzusehen ist und die Dampfschiffe, welche die Ordre zur Aufhebung der Blokade der Häfen der Nord- und Ostsee überbringen sollen, morgen früh resp. von Hamburg und von hier abgefertigt werden können."

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 207 der Breslauer Zeitung.

Dinstag den 5. September 1848.

Die „Schlesw. Holst. Ztg.“ spricht sich auf den Grund der im Publikum vorläufig bekannt gewordenen Bedingungen des Waffenstillstandes in einem fulminanten Artikel gegen denselben aus. Sie verlangt unter Anderm, daß die Landesversammlung (die am 4. d. M. wieder zusammentreten wird) sich für permanent erkläre, daß Niemand der aufgedrungenen Regierung Gehorsam leiste, eine allgemeine Steuer-Verweigerung eintrete und, daß wenn diese Mittel des passiven Widerstandes nicht hinreichen, zum activen Widerstande übergegangen werde. Ueber die eventuelle Steuerverweigerung ist bereits am 1. d. M. in der Rendsburger Bürgerversammlung debattirt, indeß beschlossen worden, wenigstens eine augenblickliche Steuerverweigerung nicht eintreten zu lassen (weil dadurch nur die Widerstandsmittel des Landes gefährdet werden würden), sondern sämmtliche Steuern, so lange die provisorische Regierung bestehe, ohne Weigerung und schleunigst zu entrichten.

G **Frankfurt a. M.**, 31. August. Olshausen aus Kiel, der in ehrenvoller Opposition aus der provisorischen Regierung von Schleswig und Holstein ausgeschieden ist, befindet sich hier und giebt manchen Aufschluß über die Lage der Dinge gegen Dänemark, der es klar werden läßt, wie der Stand der diplomatischen Verhandlangen ein anderer ist als der Stand der kriegerischen Unternehmuugen, und wie der ganze Krieg kein Feldzug deutscher Waffen für die deutsche Freiheit und Einheit ist, sondern fremde Mächte ihn für fremde Zwecke entscheiden. Bekannt sind die schmachvollen Friedens-Bedingungen, die Preußen stellte, als der glücklichste Ausgang durch einen raschen Schlag in seiner Hand lag. Durch die Ehrenhaftigkeit Wrangel's kam der Abschluß nicht zu Stande, da er Preußen nicht das Recht zugestand, den Frieden zu schließen in einem Kriege, den Deutschland führte und den nur die deutsche Centralgewalt beenden könne. Wrangel stellte ehrenvollere Bedingungen in Aussicht, welche die Errungenschaften der deutschen Waffen sicherten und auf welche er die Centralgewalt einzugehen veranlassen wollte. Wie half sich nun die deutsche Centralgewalt mit ihrer Superiorität über Preußen? Sie übertrug den Abschluß der Unterhandlungen an Preußen. Und was thut nun Preußen? Es hat einen Waffenstillstand mit Dänemark abgeschlossen, wie ihn nicht der Sieger vorschreibt, sondern der Besiegte im schlimmsten Falle annehmen konnte, und welcher zeigt, wie man auf versteckte Weise zum Vortheile der dänischen Krone die deutsche Sache in den Herzogthümern möglichst zu schwächen sucht. Was heißt ein Waffenstillstand anders, als ein Einhalten in den Feindseligkeiten, um die Kräfte zu sparen, aber indem man sie auf beiden Seiten im selben Verhältniß stehen läßt. Das Verhältniß der deutschen Truppen zu den dänischen im Feldzuge ist wie 2 zu 1; jene sind gegen 40,000, diese gegen 20,000 Mann. Diese im selben Verhältniß stehen lassen, hieße beide z. B. um ein Viertheil vermindern, auf 30,000 und 15,000 Mann — statt dessen sind die Bedingungen des „Waffenstillstandes,“ die Truppen auf beiden Seiten auf gleichen Fuß zu setzen, d.-h. die Dänen behalten ihre volle Truppenmacht, die Deutschen müssen die Hälfte der ihrigen zurückziehen. — Ferner ist eine Bedingung des Waffenstillstandes die, daß alle Kontributionen deutscher Truppen in dänischen Landen von Seiten Deutschlands bezahlt werden — statt daß der Besiegte (wenn das überhaupt in den Waffenstillstand gehörte) die ganzen Kriegskosten trägt. — Endlich soll die provisorische Regierung in den Herzogthümern aufgelöst werden und von dänischer Seite ein Wächter des Waffenstillstandes und Vollzieher seiner Bedingungen eingesetzt werden! — Das ist der Preis, den das deutsche Blut erkauft hat, das für die deutsche Selbstständigkeit der Herzogthümer siegreich geflossen ist! Das ist das erste Beispiel von der Größe und Stärke der deutschen Einheit — der Einheit, wie sie bis jetzt besteht, und wie sie Vielen schon zu stark ist. Die provisorische Regierung der Herzogthümer ist in diese Bedingungen eingegangen; sie hat damit bewiesen, daß sie den Muth — des Selbstmordes besitzt. Olshausen wollte sich den Bedingungen nicht fügen und nicht zugeben, daß die provisorische Regierung sich auflöste. Seine Oppositon blieb vergeblich, und so schied er mit Ehren aus ihr aus, ehe sie mit Schmach auseinander ging.

Oesterreich.

* **Wien**, 2. Septbr. [Füster und die akademische Legion.] Nachdem aus den Aussagen einiger am 23. August eingefangener Arbeiter hervorging, daß der bekannte Professor der Aula und Reichstags-Deputirte Füster die Arbeiter förmlich zum Aufstand gereizt habe, wurde das mit diesen Arbeitern aufgenommene Protokoll, worin sie erklärten, ihre Aussagen eidlich erhärten zu wollen, dem Ministerium übergeben. Dieses gab obige Aussage dem Kommandanten der akademischen Legion, Hauptmann Koller, zur Amtshandlung. Allein als Letzterer den Professor hierüber zur Rede stellte, läugnete er Alles ab, und eilte auf die Aula, um der Legion zu erzählen, daß ihn Hauptmann Koller in Anklagestand versetzen wolle. Er suchte die stürmische Jugend gegen diesen Kommandanten so aufzureizen, daß sie wo möglich seine Entlassung erzwingen soll. — Es herrschte gestern überall vollkommen Ruhe. — Minister Schwarzer hat durch seine Epuration der fremden Arbeiter die Zahl der eigentlichen hiesigen Arbeiter von 14,000 auf 10,000 herabgebracht. — Die magyarische Partei streut heute Abend aus, daß unser Ministerium Namens des Kaisers dem Banus von Kroatien den Befehl ertheilen werde, keine Feindseligkeiten gegen die Ungarn auszuüben.

auf festem Boden thätig sein zu können, da er sich nicht durch Bekämpfen revolutionärer Zustände abnutzen lassen will. Da hierdurch die Hoffnungen der reaktio-

8 **Wien**, 2. Septbr. [Graf Stadion und die Reaktion. — Der beabsichtigte Trauerzug. — Die ungarischen Angelegenheiten. — Ein Reichstagsbeschluß.] Graf Stadion soll sich dahin ausgesprochen haben, daß er nur dann an die Spitze eines Kabinets zu treten geneigt sei, wenn sich die Verhältnisse in so weit konsolidirt hätten, um nären Partei vernichtet sind und diese doch das gegenwärtige Ministerium um jeden Preis beseitigen möchte, so wollte sie sich jetzt gern auf eine Purifikation desselben beschränken, worunter sie nämlich die Entfernung von Doblhoff und Schwarzer versteht, die sie durch Hrn. v. Schmerling und den Oberst Mayern im Frankfurter Parlament zu verdrängen sucht. — Die Fanatiker der Ruhe sind in Verzweiflung über den auf den morgenden Sonntag anberaumten Trauerzug nach den Gräbern der am 23. August gefallenen Arbeiter im Währinger Friedhof, zu dem nicht weniger als 10 Vereine eingeladen sind, und woran sich gewiß Tausende von Arbeitern betheiligen werden. Am Grabe sollen Trauerlieder gesungen und Reden gehalten werden, worüber ein Theil der Nationalgarde sehr bestürzt ist, weil sie Unruhen befürchtet, die indeß schwerlich eintreten dürften, wenn auch der Eindruck dieser Feier ein bleibender sein sollte. — Die Ankunft der ungarischen Minister Bathyany und Deak hat allgemein die Ansicht verbreitet, daß das ungarische Ministerium gesonnen sei, um jeden Preis Frieden zu machen, weshalb es die Aufopferung der Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten, des Kriegs und der Finanzen selbst anbiete. Gegen diese schimpfliche Unterstellung tritt nunmehr der k. Unterstaatssekretär Dr. Pulszky heute in allen hiesigen Journalen mit einer geharnischten Erklärung auf, worin es heißt, daß Ungarn jetzt und niemals zu solch verrätherischem Vergleich die Hand bieten werde und könne, so wie auch von Seite des österreichischen Ministeriums eine derartige Forderung gar nicht gestellt worden sei. Die Magyaren muß der Preßunfug, der hier ungestraft von der reaktionären Presse gegen Ungarn und dessen legale Machthaber verübt wird, mit Ekel und Unwillen erfüllen. Täglich liest man an allen Straßenecken ellenlange Plakate mit der Ueberschrift: „Ungarn ist verloren!“ oder: „Belagerung von Pesth durch die Raitzen“ oder: „Kossuth mit 1 Mill. Gulden entflohen“, und derlei nichtswürdige Lügen mehr, die alle darauf berechnet sind, das Spießbürgerthum gegen Ungarn zu stimmen, dessen Untergang doch zugleich der Untergang der deutschen Freiheit in Oesterreich sein würde. Mit Recht fragt jeder Unbefangene, warum nimmt unser Staatsanwalt keine Notiz von diesen öffentlichen Verleumdungen, die dem biedern Charakter unserer Stadt gar nicht zum Ruhm gereicht und welche in Ungarn, gegen österreichische Gewalthaber gerichtet, gewiß nicht geduldet werden würde? — Die gestrige Verhandlung des Reichstages, die sich durch ihre wortreiche Unfruchtbarkeit auszeichnete, brachte nur einen Beschluß, der aber den rauschendsten Beifall der bäuerlichen Abgerrdneten Galiziens erntete, die sich vor Rührung gar nicht fassen konnten. Es betraf nämlich die Aufhebung des Bier- und Branntwein-Zwanges, der in Böhmen, Mähren und Galizien häufig von den Gutsbesitzern rechtmäßig ausgeübt ward, wonach jetzt diese Getränke in jenen Provinzen besser und wohlfeiler werden müssen.

§§ **Pesth**, 30. August. [Bemühungen den Frieden herzustellen. Duell. Der Reichstag. Vom Kriegsschauplatz.] Der Erzherzog Stephan ist ebenfalls nach Wien gereist, um zur Beendigung des unseligen Kriegs in Ungarn beizutragen. Die erste Quelle dieses Kriegs ist nicht sowohl in Croatien, als vielmehr in Wien zu suchen. Wie es heißt, soll auch der Banus Jellachich nach Wien berufen worden sein. — Der ausgezeichnete Deputirte Moritz v. Perzel bestand gestern ein Duell mit dem Adjutanten Grafen Chotek, wobei er glücklicherweise nur leicht verwundet ward. Perzel hatte den Chotek des Verraths gegen Ungarn öffentlich beschuldigt. Schon früher hatte der radikale Deputirte Joseph Patai mit dem Minister Grafen Stephan Szechenyi ein Duell, welches ohne alle Verletzung ablief. — Seit gestern sind hier und in Ofen die Nationalgarden konsignirt, man besorgt einen von Wien aus angezettelten Handstreich. Bemerkenswerth ist es, daß man sich in Wien schon seit einigen Tagen mit Gerüchten von blutigen Ausbrüchen in Pesth herumträgt. — In der eben beendigten Sitzung des Unterhauses war eine interessante Episode. Es wurde das Budget verhandelt. In der Rubrik der Einkommenssteuer hatte der Finanzminister den König und den Palatin ausdrücklich von der Besteuerung ausgenommen, das Haus erklärte sich aber auf den Antrag Bezeredy's gegen diese Ausnahme. Die Zivilliste des Königs ist auf 3 Millionen Gulden festgesetzt, und da der König „unnöthigerweise“ außer Landes residirt und somit unter die Klasse der Absentisten gehört, so müßte er 300,000 Gulden jährliche Einkommens-Steuer zahlen. Der diesfällige Beschluß war bereits gefaßt, als Kossuth eintrat, und die Unverträglichkeit solcher Besteuerung des Königs wit dem monarchischen Prinzip behauptete, worauf das Haus seinen Beschluß wieder fallen ließ. — Wir erfahren aus guter Quelle, daß in diesen Tagen im Unterhause der Antrag zur Uebernahme von 200 Millionen Gulden von der österreichischen Staatsschuld gestellt und durch die ministerielle Majorität zum Beschluß erhoben werden wird. Dadurch und durch ausgedähnte Gewährungen an die Kroaten und die Raizen dürfte der Friede in Wien zu Stande kommen. Viele behaupten sogar, daß der König schon am 8. September hier zur Beschließung des Landtages eintreffen werde. — Vom Kriegsschauplatze melden die neuesten Nachrichten von einem für die Ungarn vortheilhaften, im Uebrigen aber wenig bedeutenden Treffen bei Oravitza. Drr Hauptangriff auf die feindlichen Schanzen bei St. Thomas soll von vorgestern auf gestern verschoben worden sein, weil der 29. August der Jahrestag der unglücklichen Schlacht bei Mohacs ist. Der Banus Jellachich hatte einen Obersten nach der Festung Essek zur Vorbereitung eines Einmarsches kroatischer Grenzer geschickt, der ungarisch gesinnte Kommandant verwies aber den Obersten sofort aus der Stadt und ließ die Festung in Vertheidigungszustand setzen.

§§ **Pesth**, 31. August. [Sieg der Ungarn. Hoffnung auf französische Hülfe. Das Wiener Ministerium.] Es verbreitet sich in der Stadt die Nachricht von einem bedeutenden Siege, welchen die Ungarn unter persönlicher Anführung des Kriegsministers Meßaros bei Temarin über die Insurgenten erfochten. Meßaros soll selbst ins Handgemenge und in die größte Gefahr gerathen, durch die Tapferkeit seiner Husaren aber gerettet worden sein. Die Bestätigung dieser ganzen Nachricht, welche ein Courier überbracht haben soll, muß noch abgewartet werden. — Graf Teleki ist gestern von hier mit einer außerordentlichen diplomatischen Mission nach Paris abgegangen. Näheres können wir über diese jetzt noch nicht mittheilen. Nachdem Ungarn vergebens bei England bei und der sogenannten deutschen Centralgewalt kräftigen Schutz gegen die Unterdrückungstendenzen der österreichischen Regierung gesucht, wird Frankreich sich wohl um so geneigter zeigen, als bei einer möglichen Intervention in Italien Ungarn einen trefflichen Stützpunkt bieten würde. Bis in die letzten Tage hat die österreichische Regierung ihre Animositäten gegen Ungarn immer mehr gesteigert. Man wird es kaum glauben, daß der Wiener Kriegsminister neuerdings vom hiesigen Finanzminister den Sold für die unter dem Banus Jellachich stehenden Truppen verlangt hat. Also soll Ungarn seine eigenen Feinde besolden! Der Wiener Minister motivirte sein Verlangen dadurch, daß der Banus Jellachich sonst genöthigt sein würde, in Ungarn einzufallen. Der ungarische Finanzminister hat natürlich das Verlangen zurückgewiesen.

* **Wien**, 2. Septbr. [Italienischer Kriegsschauplatz.] Nach den neuesten Nachrichten aus Mailand vom 29sten war der Herzog Litta, nachdem er vermuthlich vorerst mit dem F.M. Grafen Radetzky über seine Rückkehr unterhandelt hatte, alldort eingetroffen und in seinem Pallast abgestiegen. Der Marschall hat ihm zum Schutz seines Eigenthums gegen die über die Nobili noch immer aufgebrachte Volksmasse eine Sicherheitswache von 1 Offizier und 16 Mann gegeben. Es ist zu vermuthen, daß jetzt auch

bald andere Nobili zurückkehren werden. Ein Theil der Mailänder Jugend kehrt gleichfalls einzeln zurück. Sie schleichen leichenblaß durch die Straßen und sagen, daß wenn der Marschall die allgemeine Amnestie verkünden läßt, die in der Schweiz harrenden Schaaren von Emigranten, denen Frankreich und Piemont den Weg versperrt, alsbald heimkehren würden. Allein schwerlich wird vor Abschluß des Friedens oder einer Verlängerung des Waffenstillstandes hierüber entschieden werden. — In allen Städten der Lombardei herrscht vollkommne Ruhe.

Rußland.

St. Petersburg, 27. August. Se. Majestät der Kaiser hat folgendes Schreiben an den österreichischen Feldmarschall Grafen Radetzky gerichtet: „Nachdem Wir mit steter Aufmerksamkeit den Bewegungen der Truppen gefolgt waren, welche Ihrem Oberbefehl zur Aufrechthaltung der legitimen Rechte Ihres Monarchen anvertraut sind, und nun Kunde erhalten haben von den glänzenden Siegen, die Sie bei Sommacampagna und Custozza erfochten, haben Wir es für gerecht erachtet, Sie zum Ritter der 1sten Klasse des Ordens des heiligen Großmärtyrers und Siegbringers Georg zu ernennen, dessen Insignien Wir Ihnen hierbei übersenden. Indem Wir durch diese höchste militärische Auszeichnung in Unserem Reiche einen neuen Beweis Unserer ausgezeichneten Anerkennung Ihres langjährigen und ruhmreichen, durch so glänzende Waffenthaten bezeichneten Dienstes zu bekunden wünschen, verbleiben Wir Ihnen für immer wohlgewogen. (gez.) Nikolaus. Peterhof, den 19. August 1848."

Frankreich.

Paris, 30. August. [National-Versammlung. Schluß der Sitzung vom 29. August.] Eine lange Aufregung folgte der Verlesung des Verfassungs-Entwurfs. Herr Laussedat begründete sodann seinen gestern als dringlich erklärten Vorschlag, daß zur Prüfung der in den Tuilerien u. s. w. gefundenen Papiere eine Kommission ernannt werden solle. In den Tuilerien und im Louvre sind, sagt er, viele wichtige Dokumente gefunden worden, von denen ich sogar eins in den Händen eines Zöglings von St. Cyr sah. Bei den jüngsten politischen Manövern, welche zwischen den alten und jüngeren Bourbonen behufs des Sturzes der Republik stattgefunden, so wie in Rücksicht auf den Ausfall der neuen Munizipalwahlen, in denen das legitimistisch-orleanistische Element bedeutend hervorgetreten, ist die Veröffentlichung und Klassifikation jener Papiere von Wichtigkeit. Es wird dadurch mancher Achselträger, manche unerwartete Gratulation, mancher liberale Kratzfuß bei Hofe zu Tage kommen. Der Minister des Innern bemerkte, daß auf Veranlassung des Dringlichkeits-Begehrens der Präsident gestern von Verschwörung, von Verbindungen gesprochen habe. Er habe darauf nur zu sagen, daß die Regierung die ihr gewordene Aufgabe eifrigst zu erfüllen suche. Sie wache Tag und Nacht darüber, daß die Ruhe nicht gestört werde und er könne in ihrem Namen erklären, daß nichts diese Ruhe bedrohe, daß im Gegentheil überall das Vertrauen sich herstelle. Die Wichtigkeit, welche der Antragsteller der vermeintlichen Verschwörung der alten und jüngeren Bourbonen beilege, sei übertrieben. Eben so der angebliche Sieg der Orleanisten und Legitimisten in den Munizipalwahlen. Was den Vorschlag des Herrn Laussedat angehe, so glaube die Regierung, daß die begehrte Prüfung der fraglichen Papiere durch eine Kommission bedenkliche Nachtheile im Gefolge haben werde, er ersuche deshalb die Versammlung, sich nicht durch ein sofortiges Dringlichkeitsvotum zu binden. Larochejaquelin erhob sich gegen die Anführung Laussedat's und erklärte denselben für einen schlechten Bürger. Laussedat wies diese Bezeichnung mit Entrüstung zurück und beharrte auf seinem Antrage. Der Dringlichkeits-Antrag wurde hierauf mit 368 gegen 332, die Ueberweisung des Vorschlags an das Komité des Innern mit 332 gegen 294 Stimmen verworfen, die Ueberweisung desselben an die Abtheilungen dagegen ohne Abstimmung genehmigt.

[Sitzung vom 30. August.] Armand Marrast, van seiner Krankheit wieder hergestellt, eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr mit der Anzeige, daß der Bericht über den modifizirten Verfassungs-Entwurf fertig und von ihm dem Bureau übergeben worden sei, das den Druck und die Vertheilung desselben besorgen werde. Die Versammlung habe nur den Tag zu bestimmen, an welchem sie die Besprechung desselben beginnen wolle. Stimmen: Nächsten Montag! Die Versammlung bestimmt diesen Termin als Beginn der Diskussion der neuen Verfassung. Präsident Marrast: Um diese Diskussion möglichst zu fördern und auch die anderen Tagesgeschäfte nicht leiden zu lassen, schlage ich der Versammlung vor, von Montag an täglich zwei Sitzungen, eiue Vor- und eine Nachmittags zu halten. Die Nachmittags-Sitzung von 2 bis 6 Uhr wäre ausschließlich zur Berathung der Verfassung bestimmt. Die Versammlung entscheidet sich für zwei Sitzungen an jedem Tage. — Die Tagesordnung führt nun zur Berathung der Fleischsteuer von Paris. Die provisorische Regierung hatte diese Steuer, wenn auch nicht völlig abgeschafft, so doch im Interesse der Nahrungsmittel der Armen bedeutend vermindert. Diese Herabsetzung, ohne den Preis des Fleisches zweiter Sorte (die Verminderung traf vorzüglich nur diese Sorte) rief einen bedeutenden Ausfall in den Gemeindefonds hervor und der jetzige Finanzminister will diese Lücke durch Wiedereinführung jener Thorsteuer ausfüllen. Schließlich wurden die Oktroigebühren auf Fleisch, wie sie vor dem 24 Februar bestanden, wieder angenommen. Die Versammlung schreitet jetzt zur Berathung des Entwurfs, welcher das Gesetz vom 2. März 1848 rücksichtlich der Arbeitsstunden (Reduktion von 12 und respektive 11 auf 10 Stunden) außer Kraft setzen soll. Duffey unterstützt den Entwurf und bekämpft die Februar-Irrthümer. Die Hauptsache sei, die Arbeit nicht auf 10 Stunden zu verkürzen, sondern dem Arbeiter auch 10 Stunden Arbeit täglich zu verschaffen.

[Verfassungs-Entwurf.] Folgendes sind diejenigen Theile des umgearbeiteten Verfassungs-Entwurfs, welche von der ursprünglichen Fassung abweichen:

In Gegenwart Gottes und im Namen des französischen Volkes verkündet und verfügt die National-Versammlung: 1) Frankreich ist als Republik konstituirt. Bei Annahme dieser definitiven Regierungsform hat es sich zum Zweck gesetzt, in der Welt die Initiative des Fortschrittes beizubehalten, eine immer billigere Vertheilung der Lasten und Vortheile der Gesellschaft unter die Bürger zu sichern und sie alle, ohne neue Erschütterung, durch den allmähligen und fortdauernden Einfluß der Institutionen und Gesetze zu einer immer höheren Stufe der Sittlichkeit, der Aufklärung und der Wohlfahrt emporzubringen. 2) Die französische Republik ist eine demokratische und eine untheilbare. 3) Sie erkennt frühere und höher stehende Rechte und Pflichten an, als die positiven Gesetze und die unabhängig von diesen Gesetzen sind. 4) Sie hat zum Dogma Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. 5) Sie achtet die fremden Nationalitäten, so wie sie ihre eigene Unabhängigkeit geachtet zu machen Willens ist. Sie unernimmt keinen Krieg zu Eroberungszwecken und verwendet ihre Streitkräfte niemals gegen die Freiheit irgend eines Volkes. 6) Die Republik legt den Bürgern Pflichten auf und übernimmt ihrerseits Pflichten gegen dieselben. 7) Der Bürger soll das Vaterland lieben, der Republik dienen und sie vertheidigen, selbst auf Kosten seines Lebens. Er soll zu den Staatslasten im Verhältnisse seines Vermögens beitragen. Er soll sich und den Seinigen durch die Arbeit Existenzmittel für die Gegenwart und durch Vorsorge Hilfsquellen für die Zukunft sichern. Er soll durch brüderliche Unterstützung seines Nächsten zum Gemeinwohl und durch Beobachtung der sittlichen und geschriebenen Gesetze, welche die Gesellschaft, die Familie und den Einzelnen regieren, zur allgemeinen Ordnung mitwirken. 9) Die Republik soll den Bürger in seiner Person, seiner Familie, seiner Religion, seinem Eigenthume, seiner Arbeit schützen; sie stellt in Jedermanns Bereich den allen Menschen unentbehrlichen Unterricht, sie giebt den bedürftigen Bürgern Existenzmittel, indem sie entweder in den Grenzen ihrer Hilfsquellen ihnen Arbeit verschafft, oder den Unterhalt derjenigen übernimmt, welche zu arbeiten außer Stande sind und die nicht Familie haben, welche dieselben zu unterhalten vermag. Demgemäß hat die Nationalversammlung, um alle ihre Pflichten zu erfüllen und alle ihre Rechte zu sichern, treu den Ueberlieferungen der großen Versammlungen der ersten französischen Revolution, folgende Form der Verfassung für die Republik berathen und festgestellt. Modifizirte Artikel: Niemand kann anders, als kraft des Gesetzes, verhaftet oder eingesperrt werden. Die Wohnung jedes Bürgers ist unverletzlich; es darf nur nach den Formen und in den Fällen, welche das Gesetz vorschreibt, in dieselbe eingedrungen werdeu. Es giebt keine Ausnahmegerichte; Jeder wird durch seine natürlichen Richter gerichtet. Jeder bekennt frei seine Relgion und empfängt vom Staate bei Ausübung seines Kultus gleichen Schutz. Nur die Geistlichen der vom Gesetze anerkannten Kulte empfangen eine Besoldung. Die Bürger haben das Recht, sich friedlich und ohne Waffen zu vereinigen und zu versammeln, zu petitioniren und ihre Ansichten durch die Presse kundzugeben, wenn sie den dieselbe regelnden Gesetzen nachkommen. Der Unterricht wird unter Garantie der Gesetze und Aufsicht des Staates ertheilt. Den Bürgern sind, ohne anderen Unterschied, als ihr Verdienst oder die gesetzlich von ihnen erworbenen Rechte alle Aemter zugänglich. Die Verfassung gewährleistet den Bürgern die Freiheit der Arbeit und der Industrie. Die Gesellschaft begünstigt diese Arbeit und diese Industrie durch unentgeltlichen Elementar-Unterricht, durch professionellen Unterricht, Gleichheit der Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern, Fürsorge- und Kredit-Institutionen, freiwillige Associationen und Beschaffung öffentlicher, zur Verwendung unbeschäftigter Arme geeigneter Arbeiten durch den Staat, die Departements und Kommunen. Sie gewährt den verlassenen Kindern, so wie den Invaliden und Greisen, Beistand, wenn diese keine Hülfsmittel haben und nicht von ihren Familien unterstützt werden können. Der Wahl der National-Versammlung dient die Bevölkerung zur Grundlage. Die Stimmgebung ist direkt und allgemein, die Abstimmung geheim. Alle Franzosen sind Wähler, vorausgesetzt, daß sie 21 Jahre alt und im Genusse ihrer bürgerlichen und politischen Rechte sind. Der Präsident ist berechtigt, im Dringlichkeitsfalle die National-Versammlung einzuberufen. Kein Gesetz-Entwurf, die Dringlichkeitsfälle ausgenommen, darf definitiv angenommen werden, bevor er dreimal in Zwischenräumen von mindestens zehn Tagen der Berathung unterworfen wurde. Der Präsident der Republik antwortet jedes Jahr auf die Adresse der National-Versammlung durch eine Botschaft, worin er den allgemeinen Zustand der Angelegenheiten der Republik auseinandersetzt. Amnestien können nur durch ein Gesetz bewilligt werden. Der Präsident und die Minister, wenn sie vom obersten Gerichtshofe verurtheilt sind, können nur durch die Versammlung begnadigt werden. Die Dringlichkeits-Gesetze werden binnen dreitägiger, die anderen Gesetze binnen Monatsfrist veröffentlicht; der Präsident kann innerhalb dieser Frist durch eine motivirte Botschaft eine neue Berathung der votirten Gesetze begehren. Die Mitglieder des Staatsrathes werden auf sechs Jahre von der National-Versammlung durch geheimes Scrutinium ernannt. Die Stellung militärischer Ersatzmänner ist untersagt. Ein Gesetz wird die Fälle bestimmen, in welchen der Belagerungszustand verhängt werden kann, so wie die Formen und Folgen dieser Maßregel. Die Verfassung kann im letzten Jahre einer Legislatur revidirt werden. Es wird durch die konstituirende National-Versammlung vor ihrer Trennung zur Zustandebringung der organischen Gesetze geschritten werden, welche die gegenwärtige Verfassung ergänzen sollen. Diese Gesetze sind: das Wahlgesetz, das Preßgesetz, das Gesetz über den öffeutlichen Unterricht, das Gesetz über die Verantwortlichkeit der Depositare der Regierungsgewalt, das Gesetz über den Staatsrath, das Gesetz über die Departemental-, Kantonal- und Munizipal-Organisation, das Gesetz über die Gerichts-Organisation, das Gesetz über die Nationalgarde und die Armee-Rekrutirung, das Gesetz über den Belagerungszustand. In dem Zwischenraum zwischen der Einsetzung des Präsidenten der Republik und dem Zusammentritt der legislativen Versammlung ist die konstituirende Versammlung den Bestimmungen des 3te Kapitels der Verfassung unterworfen. Diese lauten: Alle öffentlichen Gewalten, welche es auch sein mögen, gehen vom Volke aus. Sie können nicht erblich übertragen werden. Die Trennung der Gewalten ist die erste Bedingung einer freien Regierung.

Der neue Verfassungs-Entwurf zählt 19 Artikel weniger als der alte. Das „Recht auf Arbeit" ist daraus verschwunden. An der Stelle desselben ist die „Freiheit der Arbeit" getreten. Der Staat erkennt die Pflicht an, den Hülfsbedürftigen zu unterstützen, geschehe dies durch Almosen oder durch Arbeit, so weit es seine Quellen erlauben. Nach dem ursprünglichen Entwurf brauchte man nur geborner Franzose zu sein, um Präsident der Republik werden zu können; nach dem umgearbeiteten Entwurf aber darf man die Eigenschaft eines Franzosen nicht verloren haben, wenn man zur Präsidentschafts-Kandidatur zugelassen sein will.

Paris, 31. August. [Die italienische Angelegenheit.] Die Erklärung unseres Kabinettes nach Wien lautet sehr kategorisch. Unser Geschäftsträger zu Wien ist aufgefordert, binnen 24 Stunden eine Erklärung des österreichischen Gouvernements zu verlangen. Erfolgt innerhalb dieser Frist keine Antwort, oder würde die Antwort ausweichend ausfallen, so wird das französische Heer einschreiten und zwar nicht nur um die Annahme der gestellten Bedingungen zu erzwingen, sondern sogar um noch härtere Bedingungen alsdann zu erkämpfen. Wenn eine bewaffnete Intervention nöthig wird, soll das venetianische Gebiet auch nicht mehr Oesterreich verbleiben. Man versichert, daß General Lamoriciére den Oberbefehl des Heeres übernehmen soll, wenn es über die Grenzen zu rücken berufen sein sollte. Ein Blatt versichert, Cavaignac hätte gestern Abend dem lombardischen und venetianischen Abgesandten erklärt, er sei zur Intervention entschlossen, wenn Oesterreich die Bedingungen des von Frankreich und England vorgeschlagenen Vergleichs nicht annehmen will. Er soll die Worte haben fallen lassen: „Ich werde nicht dulden, daß Mailand und Venedig in der Gewalt der Oesterreicher bleiben." — Das Journal des Debats spricht sich heute in einer Weise aus, welche mit dem zusammenfällt, was wir über das Ultimatum an das Wiener Kabinet bereits erwähnt. Es berichtet, daß Herr v. Wessenberg eine Vermittelung heute für überflüssig erklärt, da der Krieg vorüber sei, und Oesterreich und Piemont direkt und ohne Vermittelung Anderer unterhandeln könne. Wäre es wahr, sagt das Journal des Debats, daß das österreichische Gouvernement entschlossen wäre, im Besitz der Lombardei zu bleiben und ihr den Zustand einer deutschen Provinz aufzunöthigen, so glauben wir, daß die Vermittelung in der That durchaus keinen Zweck mehr hätte und unvermeidlich anderen Mitteln Platz machen müßte. — Es scheint, als wenn das Gouvernement Schwierigkeiten mache, Herrn v. Raumer als Gesandten der Centralgewalt anzunehmen, wenigstens spricht man in der Stadt davon. Herr Trelat soll zum bevollmächtigten Minister in Frankfurt ernannt sein. Herr Savoye ist zurück berufen. — Costa Cabral ist zum portugiesischen Minister hier ernannt worden. — Ein neuernannter Unterpräfekt, Namens Gelle, ist vorgestern wegen Theilnahme an der Juni-Insurrektion verhaftet und hierher geführt worden. — Zu Montpellier ist ein legitimistischer Aufstand ausgebrochen, wobei der Präfekt verwundet wurde. Der Präfekt zog mit einer Kompagnie Nationalgarde gegen die Aufständigen. Ein Steinhagel und Flintenschüsse empfingen ihn. Die Sache wurde aber unterdrückt. Der Kommandant der Gensdarmerie fiel von einer Kugel getroffen. — Die Commission spricht sich gegen die progressive Erbschaftssteuer aus. Auch das Entschädigungsgesetz für die Colonien betrachtet man als unzureichend, selbst die Ultra-Republikaner müssen heute anerkennen, daß man durch die unzeitige Freigebung der Sklaven die Colonien faktisch zu Grunde gerichtet hat.

Spanien.

Madrid, 24. Aug. [Karlistische und republikanische Parteien.] Dem ministeriellen Blatte „la Espana" schreibt man aus Barzelona Folgendes: „Wir haben in unserer Provinz jetzt zwei Factionen statt einer, und beide sind im Zunehmen. Die nächste Folge davon ist, daß die Einwohner nicht nur an die Regierung, sondern auch an jede dieser Factionen Steuern zu entrichten haben, und obenein belegt der General-Capitain diejenigen Ortschaften, welche Letzteres thun, mit doppelten Steuern. Die republikanische Bande des Molins durchzieht alle Ortschaften der Um-

gegend von Barzelona. Vorgestern drangen sie in Badalona, anderthalb Meilen von hier, ein und schlugen die Besatzung zurück, und in voriger Nacht brachten sie in Tiana und Premia, zwei Meilen von hier, zu. Sowohl die karlistische, wie die republikanische Faction bedroht die Ortsbehörden, welche Sturm läuten lassen, mit dem Tode, und der General-Capitain bedroht sie mit derselben Strafe für den Fall, daß sie es unterlassen. Da die Einwohner keinen Schutz bei der Regierung finden, so lassen sie sich in Uebereinkünften mit den Factiosen ein. Während dies geschieht, fühlt Cabrera sich stark genug, um 500 Mann unter Forcadell nach dem Maestrazgo, dem Schauplatze seiner früheren Thaten, zu entsenden." — Aus Valencia schreibt man dem „Clamor" unter dem 19ten d. M.: „Die Nachrichten, die wir hier aus dem Maestrazgo haben, setzen uns in die größte Bestürzung. Die Untergerichte ziehen sich aus den aufständischen Bezirken nach den festen Plätzen Castellon und Peniscola zurück, um sich gegen einen Handstreich zu sichern. Die Montemolinisten nehmen so zu, daß sie binnen acht Tagen sich verdoppelt haben. Mehrere wichtigere Städte, unter ihnen S. Mateo, sind von ihnen heimgesucht worden, und es fehlt hier gänzlich an Truppen." — Die „Espana" sagt: „Alle Nachrichten, die wir aus Frankreich erhalten, kündigen an, daß der Entwurf einer Invasion der an der Grenze sich sammelnden spanischen Republikaner unter der Leitung einer zu diesem Behufe eingesetzten Junta nächstens zur Ausführung gebracht werden solle." Das Blatt fügt hinzu, daß Sir Henry Bulwer sich insgeheim von Paris nach der Pyrenäengrenze begeben habe, um im Auftrage Lord Palmerstons diese Bewegung zu leiten. — Es scheint, daß eine Bande Republikaner vor einigen Tagen aus Portugal in Galicien eingedrungen ist. Diese Leute tragen rothe Mützen nach dem Muster der in Paris gebräuchlichen. (Heraldo.)

Schweiz.

Basel, 27. August. [Verschiedenes.] Der Vorort Bern hat dem Canton angezeigt, daß er auf den von mehreren Seiten unterstützten Wunsch Zürichs beschlossen habe, einen Abgeordneten zur Wahrung der schweizerischen industriellen Interessen nach Frankfurt zu senden. — Unterwalden ob dem Wald und Uri haben die neue Bundesverfassung der Schweiz mit großer Stimmenmehrheit verworfen. — Der Gr. Radetzki hat bereits die Getreideausfuhr nach der Schweiz verboten.

Lokales und Provinzielles.

* **Breslau**, 4. Septbr. [Schützenfest.] Das hiesige Königsschießen wurde gestern durch die feierliche Einführung des Königs in die Stadt beendigt. Gegen vier Uhr fand in Gegenwart des Schützenkönigs die Vertheilung der Prämien, welche in Porzellan, lakkirten und Glaswaaren 2c. bestanden, statt. Die geringste Prämie betrug mindestens 10 Sgr. (die Schuß-Einlage war 11 Sgr.). Nach Beendigung dieser Vertheilung ordnete sich der Königszug vom Saal aus. Voraus gingen die drei Zieler in rothen Uniformen; dahinter folgte in Schützenuniform der Schützenschreiber, hierauf zwei Offiziere aus dem Scharfschützenkorps, welchem der Schützenkönig angehört; dann folgte der Schützenkönig, begleitet zur Rechten und Linken von zwei Magistratsmitgliedern und zwei von dem Bäkkermittel abgesandten Deputirten, weil der Schützenkönig dem Gewerke zugehört. Der erste und zweite Ritter wurden ebenfalls je von zwei Schießwerder-Deputirten begleitet und das Volk schloß sich diesem Zuge an. Außerhalb des Gartenthores, auf dem geräumigen Roßmarkt, hatten sich die Bürgerwehr-Bataillone zum Empfange aufgestellt. Vom linken Flügel ging der Schützenkönig, während die Bürgerwehr unter Musik und Fahnenschwenken präsentirte, bis zum rechten Flügel, wo er, nachdem die reitende Bürgerwehr den Zug eröffnete, sich mit seiner Begleitung in den ersten Zug seines Bataillons begab, welches die Spitze bildete. Nur mit Mühe konnte sich der Zug vorwärts bewegen, denn Tausende und Tausende von Zuschauern füllten die Plätze. Man hätte glauben sollen, ganz Breslau habe seine Einwohner hinaus geschickt, und dennoch ließ das Gedränge nicht nach, als der Zug der Bürgerwehr, deren letzte Mannschaft noch vor dem Kaiserthor war, während die Spitze desselben schon sich auf dem Ringe befand, die breite Straße der Naschmarktseite erreichte. Der Zug bewegte sich um den ganzen Ring. Das Scharfschützenkorps schwenkte dann links ab ans Rathhaus, während die übrigen Truppen sich auf dem Ringe aufstellten. Der Schützenkönig wurde, als die Wache ins Gewehr getreten, von den Deputirten in den Fürstensaal geführt. Der große Brustschild mit seinen vielen Emblemen, der sogenannte „Plac", wurde dem Könige abgenommen und unter Willkommengruß der sogenannte Hausorden ihm umgehangen. Das Bataillon empfing hierauf wieder seinen Schützenkönig und führte ihn zu seiner Wohnung, während die übrigen Wehrmannschaften bataillonweise die eigenen Bezirke aufsuchten. So endigte das Breslauer Königsschießen im Jahre 1848, wo zum erstenmale ein Schützenkönig von einer bewaffneten Bürgerwehr begleitet werden konnte.

a. **Breslau**, 4. Septbr. [Festmahl.] Gestern Mittags zwei Uhr hatte der hier ins Leben getretene Central-Verein Breslauer Lehrer für eine freie Volksschule zum Empfange der Deputirten zu der Dinstag früh neun Uhr beginnenden Provinzial-Konferenz schlesischer Volksschullehrer im Lokale des Tempelgartens ein Mittagsmahl veranstaltet. Frohsinn und Heiterkeit würzten die ohnehin schmackhaften Gerichte, und sinnige Reden und Toaste, so wie auch ein recht kerniges, von den kräftigen Männerstimmen der zahlreich Versammelten vorgetragenes Lied — zeugten am Besten von dem regen Geiste, welcher die theilnehmenden Lehrer für die gute Sache beseelt. Besondern Anklang und wahre Begeisterung erregten die auf die Vorkämpfer Scholz und Rendschmidt, dann auf Wander, und endlich auf den Magnetiseur und Schulmeister aller Schulmeister, Diesterweg, ausgebrachten Toaste, denen sich ein anderer auf allgemeine und gegenseitige Brüderlichkeit mit der Anrede „Du" anschloß, und der natürlich die ungetheilteste und endlose Heiterkeit hervorrief. Die Versammlung trennte sich gegen 5 Uhr, mit dem innigen Wunsche, daß die bevorstehende Berathung mit dem besten Erfolge gekrönt und hierdurch dem bisher so gedrückten Stande der Volksschullehrer endlich die Anerkennung zu Theil werden möge, die er längst verdient und angestrebt, aber unwürdiger Weise bisher entbehrt hat. Männer, wie Köhler und Andre, die sich unter den Deputirten befinden und nicht nur von dem regsten Eifer beseelt, sondern auch mit den schönsten und erforderlichen Kräften ausgestattet sind, lassen uns das Beste hoffen. B. B.

† **Breslau**, 4. Sept. Am 2. d. Mts. Abends um 11 Uhr brach in einem von Brettern zusammengefügten und mit Brettern eingedeckten Schuppen auf dem Grundstücke des Commissionär Frücke, Sterngasse Nr. 12, abermals Feuer aus. Der Schuppen, welcher gänzlich abbrannte, war mit getrocknetem Unkraute angefüllt. Das Feuer wurde gelöscht, ohne daß allgemeiner Feuerlärm entstand. Höchst wahrscheinlich ist dasselbe durch boshafte Hand angelegt worden.

Theater.

(Emil Devrient als Hamlet.)

Ein Abbild tiefster Wehmuth tritt der Künstler vor unser Auge. Düster und schwermüthigen Sinnes steht er im Kreise des versammelten Hofes und seine Schmerzenszüge sagen uns schon im Voraus, was seine Seele leidet. Der erste Monolog „O schmälze doch dies allzufeste Fleisch", worin sich das erste Hauptmoment und gleichsam das Fundament des Charakters zusammenfaßt, die sittliche Entrüstung Hamlets über die schnelle Heirath seiner Mutter, dieser Monolog wird von unserm Künstler mit Accenten vorgetragen, die die Seele mit unwiderstehlicher Gewalt ergreifen. Blitzähnlich durchzucken sich hier die gewaltigsten Elemente des Geistes. Witz, Hohn, Empörung, Verzweiflung kreuzen sich wunderbar, und offenbaren die gewaltsamste Spannung in der Seele Hamlets. Es ist ein überwältigendes Bild, das Devrient in dieser einen Scene hinstellt, ein Bild, womit er uns auf einen Schlag in den Kreis der Tragödie hineinzieht. Und von diesem Momente an wogt es auf und ab vor unsern Blicken, wie Wellenschläge wälzen sich die erschütterndsten Gefühle und Empfindungen übereinander, und gestalten sich in der idealen Fassung des Künstlers zu einem Totalbilde, in dem die Fülle der Nüancen und Schattirungen mit einer bewunderns-werthen Gefühlsfeinheit wiedergegeben werden. Wiewohl uns nun Einzelnes nicht so recht aus der Tiefe geschöpft erscheinen wollte, wie z. B. die Scene mit der Mutter im 4. Akte, so verschwindet es doch in der Gesammtdarstellung, die nun einmal eine Totalität des Charakters bietet, deren fortreißendem Eindruck man sich unmöglich entziehen kann. Das oben erwähnte erste Moment im Hamlet, so wie das zweite, seine Bitterkeit nämlich gegen sich selbst, den Tod seines Vaters nicht rächen zu können, und der daraus fließende Humor der Tollheit und auch das dritte, welches gleichzeitig den Angelpunkt der ganzen Tragödie bildet, das Unterliegen Hamlets unter der Last seiner Aufgabe, sie erscheinen in der Personification Devrient's als fein gegliedertes Ganze, das den Gattungscharakter darstellt, das erschütternde Bild des verzehrenden Kampfes zwischen Wollen und Können, dieses schmerzreichsten Kampfes der modernen Welt. So wenig aber der Dichter den Charakter in dieser Allgemeinheit gelassen hat, eben so wenig bleibt auch unser Künstler dabei stehen. Das Besondere im Hamlet, die ihm personifizirte Negation aller Thatkraft, „seine Taubenseele, auf welche die Last eines Riesen gewälzt wird", wie sich Göthe ausdrückt, dieses individualisirende Moment wird auf dem Boden der erwähnten Allgemeinheit, als die eigentliche und wahre Färbung des Charakters zur Anschauung gebracht. — So haben wir den Hamlet Devrient's im Ganzen verstanden, und wenn wir Einzelnes als besonders gelungen hervorheben sollen, so ist es die Scene mit Ophelia, welche uns gewissermaßen als die Blüthe der ganzen Darstellung erschienen ist. Hier mischten sich die Töne der Melancholie, des Schmerzes und der Innigkeit zu einem wahrhaft rührenden Bilde in dem Gemüthsleben Hamlets. —

Das zahlreich versammelte Publikum folgte der Darstellung mit einer Aufmerksamkeit, die ihm selbst wie dem Künstler zur Ehre gereichen muß. Herr Devrient wurde nach jedem Akte gerufen und mit stürmischen Beifallsbezeugungen überhäuft. M. K.

*] [Aus dem Verzeichniß der in der öffentlichen Sitzung der k. Akademie in Berlin zuerkannten Prämien] entnehmen wir Folgendes, die Provinz Schlesien Betreffendes: Unter den Schülern der Klassen für zeichnende Künste, die Prämien höchsten Betrages erhielten, befindet sich der Maler Albert Kretschmer aus Breslau. In der akademischen Schule für musikalische Kompositionen erhielten klassische Musikwerke Ernst Ebeling aus Grünberg und Max Fleischer aus Lissa. Unter denjenigen, welche eine außerordentliche Anerkennung, bestehend in geeigneten Kupferwerken, erhielten, befinden sich: der Tischler Gustav Hochhaus aus Goldberg und der Porzellanmaler Lewi Cohn aus Gr.-Glogan. Zu denen, welche die große silberne Medaille für Handwerker erhielten, gehört der Zimmermann Ferdinand Reuter aus Greifenberg. In der Klasse des freien Handzeichnens erhielten der Maurer Robert Hampel aus Neumarkt und der Zimmermann Louis Jäckel aus Breslau die große silberne Medaille für Handwerker, und der Zimmermann und Maschienenbauer Robert Krocker aus Schönau, so wie der Maurer Louis Stösger aus Breslau die kleine silberne Medaille für Handwerker. Anerkennung erhielt der Maurer Robert Gottwald aus Breslau. — In der Klasse des architektonischen Zeichnens 2c. erhielten unter sieben Schülern fünf aus Schlesien die kleine silberne Medaille für Handwerker, und zwar: der Mühlenbauer Siegismund Berus aus Schurgast, mit Lob; der Maurer Karl Warmt aus Stroppen; der Maurer Wilh. Schmidt aus Breslau; der Pionnier-Unteroffizier Anton Schubert aus Neisse, und der Maurer Herrmann Tix aus Wüste-Waltersdorf. In der Modellir-Klasse erhielt die kleine silberne Medaille für Handwerker der Maschinenbauer Joseph Dyhrenfurth aus Breslau. — Die Schülerzahl in sämmtlichen Kunst- und Gewerkschulen unter Leitung der Akademie betrug in diesem Jahre 2682, wovon auf Berlin 1290 kommen. Gegen das vorige Jahr fand eine Verminderung von 87 Schülern statt.

* **Schweidnitz**, 3. Sept. [Adresse des demokratisch-konstitutionellen Vereins an die preußische National-Versammlung. — Ausscheiden des Deputirten Hepche aus der National-Versammlung. — Einberufung des Stellvertreters. — Die bevorstehende neue Wahl.] Die Adresse, welche der demokratisch-konstitutionelle Verein an die preußische Nationalversammlung votirt hat, lautet folgendermaßen. „Hohe Nationalversammlung! Eine traurige Berühmtheit in der Geschichte unserer Tage hat Schweidnitz durch den Abend des 31. Juli d. J. erlangt, an dem der Marktplatz unserer Stadt mit dem Blute von Bürgern geröthet wurde, die in Ausübung ihrer Pflicht unschuldig hingeopfert wurden. Welches Entsetzen diese schaudervolle That in allen Gauen unsers Vaterlandes hervorgerufen, ist bekannt; sie ist an den Ohren der Deputirten der hohen Nationalversammlung, die zur Vereinbarung der preußischen Verfassung zu Berlin tagt, nicht unbeachtet verhallt. Sie haben die Sache einer Stadt zu der gemeinsamen des ganzen Landes gemacht und uns den deutlichsten Beweis gegeben, daß Ihnen die Interessen aller Bürger gleich sehr am Herzen liegen. Der unterzeichnete Verein, meist aus Bürgern der Stadt Schweidnitz bestehend, bringt daher der hohen Versammlung den aufrichtigsten Dank für die Theilnahme, die sie den hiesigen Ereignissen geschenkt. Die Versammlung hat die Anerkennung unserer Bürgerschaft insbesondere verdient, da sie aus ihrer Mitte eine Deputation hierher geschickt hat, um durch eigenen Augenschein sich von dem Thatbestande zu überzeugen, und Sorge getragen, daß der Stein des Anstoßes, das Füsilier-Bataillon des 22sten Regiments, aus unserer Stadt entfernt werde; sie hat aber auch gerechten Anspruch auf erhöhtes Vertrauen im Vaterlande, da die Majorität sich mit dieser Beschlußnahme nicht begnügt, sondern die Anträge der Mitglieder, welche für die Regierung Maßregeln empfehlen, welche eine Rückkehr ähnlicher Ereignisse unmöglich machen sollten, durch ihr abgegebenes Votum zu dem ihrigen gemacht hat. Möge dieses Votum der Keim zu einer segensreichen, dem Staat und Volke ersprießlichen Umgestaltung unserer sozialen Verhältnisse werden, möge es dazu beitragen, unserem Heere einen volksthümlichen Offizierstand zu

schaffen, so wie den Kastengeist zu brechen, der bisher zum Schmerz der wahren Patrioten die Einheit im Volksleben vermissen ließ! Ihnen aber, Deputirte der National-Versammlung, sei das Bewußtsein, durch Ihr Handeln Vertrauen erweckt zu haben, neuer Antrieb zu fernerer rüstiger Thatkraft auf der Bahn des Fortschritts. Dies ist unser Wunsch, den wir mit dem in unserer Gebirgsgegend üblichen bergmännischen Gruß „Glück auf!" begleiten." — Der eine Deputirte des hiesigen Kreises, Pastor Hepche aus Leutmannsdorf, ist, wie er von Berlin aus im Schweidnitzer Kreisblatt anzeigt, aus der National-Versammlung geschieden, weil, wie er aus den vom demokratisch-konstitutionellen so wie vom demokratischen Vereine ihm zugekommenen Adressen ersehen, er nicht mehr das allgemeine Vertrauen der Kreisbewohner besitze. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß sein Nachfolger, obwohl wir denselben noch nicht kennen, dasselbe eben so wenig besitzen wird; denn die Parteien stehen sich zu schroff, besonders in unserer Stadt, gegenüber. Wie sehr man auch mit dem Pastor Hepche in den Ansichten über die Schweidnitzer Angelegenheit divergiren mag, und Referent selbst gehört zu dieser Partei, so muß man doch seinem Charakter Gerechtigkeit widerfahren lassen: er hat durch die thätige Theilnahme, die er den Zuständen der Weber, deren klägliche Lage zu erschauen ihm die Wirksamkeit in seiner Parochie hinlängliche Gelegenheit bot, zugewendet, so wie durch die Richtung, der er in religiösen Ansichten huldigte, Vertrauen erweckt und gefunden. Wenn nun in den jüngsten Tagen auch unter den Wahlmännern auf dem Lande eine Partei sich gegen ihn erhoben: so ist dieses Mißtrauen unserer Ansicht nach, aus der unbegründeten Annahme erwachsen, er habe in der Nationalversammlung das Interesse der sogenannten „kleinen Leute" nicht genug wahrgenommen. — An Hepche's Stelle ist, bis die neue Wahl erfolgt sein wird, dessen Stellvertreter, der Müllermeister Liebich, einberufen, der seinem Vorgänger an geistigen Fähigkeiten bei Weitem nachsteht, ein Mann von schlichtem Verstande, der der Meinung ist, daß alle Dominialrechte ohne Entschädigung fallen müßten, mithin zur äußersten Linken gehört. Seine Wahl hierorts beweist, daß weder Intelligenz noch Beredtsamkeit ausreichende Empfehlungen für die Wahl-Kandidaten gewesen. — Durch den Präsidenten der National-Versammlung soll bereits die Aufforderung zur Veranlassung einer neuen Wahl in unserem Kreise an die Behörden ergangen sein. Man stellt für diese neue Wahl kein günstiges Prognostikon. Die demokratische Partei ist beflissen, einen Mann ihrer Farbe durchzubringen. Die Wahlmänner aus Zobten sollen, wie man erzählt, sich vom konstitutionellen Central-Verein zu Breslau einen Kandidaten haben in Vorschlag bringen lassen; doch was vermögen 3 bis 4 Wahlmänner gegen mehr als hundert. Der hiesige demokratisch-konstitutionelle Verein wird Behufs einer Besprechung für diesen Zweck die Wahlmänner des Kreises besonders auffordern. Das Uebergewicht bei der Wahl fällt den Wahlmännern vom Lande zu; diese sind meist sogenannte „kleine Leute"; es ist daher leicht vorauszusehen, von welcher Farbe der Mann sein wird, den man wählt.

△ **Liegnitz**, 2. Sept. [Schul-Angelegenheit.] Die Lehrer des hiesigen Kreises erklärten schon bei der am 23. Juni d. J. abgehaltenen Kreis-Lehrerversammlung, daß sie mit den für den Deputirten ausgesetzten Diäten von 20 Sgr. sich nicht begnügen könnten, sondern für denselben mindestens 2 Rtlr. pro Tag beanspruchten; im Fall aber die hohe Behörde ihrem Wunsche nicht willfahren könne, würden sie auch auf die 20 Sgr. Verzicht leisten und ihren Deputirten auf eigene Kosten zu der Provinzial-Konferenz senden. Ohnerachtet nun auch mittlerweile der Diätensatz auf einen Thaler pro Tag erhöht worden ist, so haben die bezeichneten Lehrer dennoch in der letzten Konferenz beschlossen, ihren Deputirten auf eigene Kosten zu unterhalten, den bewilligten Thaler aber zu wohlthätigen Zwecken zu verwenden. Sie haben demnach ihren Deputirten beauftragt zu erklären, daß er das ihm ausgesetzte Tagegeld nicht in Empfang nehmen werde, sondern daß dasselbe von den Lehrerkonferenzmitgliedern zu dem oben bezeichneten Zwecke eingezogen und verwandt werden solle.

Löwenberg, 30. August. [Constabler.] Die Abgeordneten des Löwenberger Kreises haben bei dem Ministerio des Innern einen Antrag auf Wiederaufhebung des kostspieligen und bei uns durchaus nicht nothwendigen Instituts der Schutzmänner eingereicht, und darauf folgenden Bescheid erhalten:

An die Mitglieder der zur Vereinbarung der preußischen Verfassung berufenen Versammlung Herrn Zenker und Brendel Wohlgeboren.

Ew. Wohlgeboren benachrichtigt das Ministerium des Innern auf die Eingabe vom 12. d. M., daß das Oberpräsidium der Provinz Schlesien bereits unterm 5. v. M. beauftragt worden ist, Anordnung zu treffen, daß die Kreisschutzmänner überall da, wo nicht besondere Lokalverhältnisse die fernere Beibehaltung derselben nöthig erscheinen lassen, möglichst bald, jedenfalls aber mit Ablauf der dreimonatlichen Zeit, für welche sie angenommen worden, ihres Dienstes wieder entlassen werden. Es ist hiernach bereits den im Kreise Löwenberg kundgewordenen Wünschen wegen Aufhebung des Kreisschutzmannschafts-Instituts entsprochen.

Berlin, den 17. August 1848.

Ministerium des Innern, zweite Abtheilung.

(Hausfreund.)

Görlitz, 1. September. Am 30. August früh gegen 5 Uhr schlug der Blitz in das Gehöfte des Fleischers Träger in Ober-Pfaffendorf, lähmte den Mann auf einer Seite und steckte die Gebäude in Brand, so daß Alles, auch die gefüllte Scheune, abbrannte. (Anz.)

Mannigfaltiges.

— (Dresden.) Am 30. August Abends nach 9 Uhr fuhr der Generallieutenant v. Cerrini mit seinen beiden älteren Töchtern nach Pillnitz. Die Nacht war dunkel und Wetterwolken am Horizonte ringsumher. Nicht lange, so zuckten heftige Blitze. Dadurch wurden, als der Wagen durch das Dorf Leuben fuhr, die Pferde scheu gemacht, der Kutscher konnte sie nicht mehr bändigen, stürzte herab, der Wagen ward umgeworfen und die Pferde rannten mit dem Vordertheile davon. Leider wurden die darin Sitzenden gefährlich beschädigt. Der General brach den einen Oberarm und die neben ihm sitzende Tochter erhielt bedeutende und schmerzliche Verwundungen am Kopfe und im Gesicht. Der Kutscher ist lebensgefährlich verletzt. (Leipz. Ztg.)

— Das Gewitter, welches zu Berlin am 30. August Nachmittags zwar als ein starkes, jedoch nicht ungewöhnliches eintrat, hat sich anderwärts ganz so zerstörend gezeigt, wie die, welche wir im Anfang des Sommers hatten. Insbesondere ist die Gegend von Köthen bis Zuhna hin durch furchtbaren Sturm und Hagelschlag heimgesucht worden. Auf der Anhaltischen Eisenbahn ist dadurch vielfacher beträchtlicher Schaden angerichtet. In Köthen war der Sturm so stark, daß der Uhrthurm auf dem dortigen Bahnhof dergestalt schwankte, daß man ein fortdauerndes Klingeln der Uhr vernahm, und den Umsturz fürchten mußte. In Dessau ist das Zink-Dach des Bahnhofgebäudes von der Gewalt des Sturmes ganz abgehoben, und zweihundert Schritt mit fortgeführt worden. Eben so wurde in Wittenberg das Dach des Lokomotivschuppens abgehoben, fünf Bahnwärterbuden stürzte der Sturm um, viele Andere beschädigte er erheblich. Acht und zwanzig Telegraphen hat er gleichfalls umgerissen. In vielen Gebäuden zerschlug der Hagel die Fensterscheiben. Der Schaden mag sich auf fünfzehnhundert Thaler belaufen.

— (Köln.) Bei dem Weiterbaue unseres Bürger-Hospitals stieß man wieder auf ein Stück Mosaik-Estrich, wahrscheinlich eine Fortsetzung des prachtvollen Mosaik-Bodens, welchen man dort vor einigen Jahren fand. Es ist jetzt klar, daß an der Stelle des Hospitals ein römischer Prachtbau gestanden, wenn man auch beim Fundamentiren keine sonstigen Bau-Ueberreste fand, die darauf hindeuteten.

Wollbericht.

✉ **Breslau**, 4. September. Seit unserm jüngsten Bericht, haben die ausländischen Käufer, die auf hiesigem Platze thätig waren und worüber wir schon berichteten, denselben verlassen, dagegen trafen Fabrikanten aus Forste, Sagan, Haynau und Finsterwalde hier ein, welche ein Quantum circa von 6 bis 700 Ctr. polnische Einschurwollen, im Preise von 42 bis 46 Rtl. kauften. Für französische Rechnung größtentheils, fand noch ein Absatz von schlesischen Sterblingswollen in den Preisen von 45 bis 55 Rtl. statt, eine Parthie besonders feiner und gut behandelter dergleichen Waare wurde mit ca. 56 Rtl. bezahlt; für dieselbe Rechnung wurden auch noch ca. 100 Ctr. schlesische Lammwolle von 55 bis 65 Rtl. gekauft. Die hiesigen Lager vergrößern sich ansehnlich durch starke Zufuhren polnischer Wollen; auch von schlesischen Einschuren ist wieder Manches zum Verkauf gestellt worden. Die Käufer finden auf unserm Platz daher von allen Gattungen noch eine schöne Auswahl.

Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche vom 27. August bis 2. Sept. d. J. wurden befördert 8706 Personen und eingenommen 13,503 Rtlr. 5 Sgr.

Neisse-Brieger Eisenbahn.

In der Woche vom 27. August bis 2. Sept. d. J. wurden befördert 2105 Personen und eingenommen 1174 Rtlr.

Krakau-Oberschlesische Eisenbahn.

In der Woche vom 21. bis 27. August d. J. wurden befördert 1728 Personen, 5288 Ctr. Güter und eingenommen 1634 Rtlr. 7 Sgr.

Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn.

Auf der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn wurden in der Woche vom 27. Aug. bis 2. Sept. d. J. 4761 Personen befördert. Die Einnahme betrug 4011 Rtlr. 7 Sgr. 7 Pf.

Im Monat August d. J. benutzten die Bahn 28340 Personen. Die Einnahme betrug

	Rtlr.	Sgr.	Pf.
1) an Personengeld	13453	29	10
2) für Vieh-, Equipagen- und Güter-Transport (110,640 Ctr. 33 Pfd.)	7688	22	2
zusammen	21142	22	—

Inserate.

Zweite Beilage zu № 207 der Breslauer Zeitung.

Dinstag den 5. September 1848.

Theater-Nachricht.

Dinstag: 58ste Abonnements-Vorstellung. **„Der Freischütz.“** Romantische Oper in 4 Akten, Musik von Weber.

Mittwoch: 59ste Abonnements-Vorstellung. Viertes Gastspiel von Herrn Emil Devrient, königl. sächs. Hof-Schauspieler. **„Der Pfarrherr.“** Original-Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. — Bernhard Mertens, Herr Emil Devrient; Katharina, Fräulein Marie Devrient, vom Hoftheater in Braunschweig, als Gäste.

Verlobungs-Anzeige.
(Verspätet.)

Unsere in Puschkau vollzogene Verlobung beehren wir uns allen lieben Freunden und Verwandten, statt jeder besondern Meldung, ganz ergebenst anzuzeigen.

Oppeln und Järischau, 31. August 1848.

Mathilde Philipp.
Eduard Glaser.

Entbindungs-Anzeige.
(Statt jeder besonderen Anzeige.)

Heute wurde meine Frau Clara geb. Fischer von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.

Breslau, den 3. September 1848.

Michaelis, Regierungs-Sekretär.

Entbindungs-Anzeige.

Die glückliche Entbindung seiner lieben Frau Agnes geb. Facilides von einem gesunden Mädchen beehrt sich hierdurch ergebenst anzuzeigen:

W. Neygenfind.

Neusalz, den 2. September 1848.

Todes-Anzeige.

Am 30sten v. M. raubte uns der Tod unsern innig geliebten Sohn und Bruder Emanuel Guttmann, welcher in dem blühenden Alter von 24 Jahren 11 Monaten einem heftigen Anfalle von Unterleibskrämpfen nach 4½ stündigem Kampfe erlag. Wir beweinen in ihm unsern zweiten Vater. — In tiefem Schmerze zeigen dies entfernten Freunden und Verwandten, um stille Theilnahme bittend, an:

Die tiefgebeugten Hinterbliebenen.

Ratibor, den 1. September 1848.

Todes-Anzeige.

Heute morgen 2¼ Uhr entriß mir der Tod meine heißgeliebte Frau Eleonore geborene Panke an Folgen einer sehr schweren Entbindung in dem Alter von 38 Jahren 2 Monaten 6 Tagen und nach einer der glücklichsten Ehen von 9 Jahren 1 Monat 8 Tagen. Diese traurige Nachricht widme ich allen meinen Freunden und Bekannten statt besonderer Anzeige.

Reichenbach in Schlesien, d. 2. Sptbr. 1848.

J. G. Baumgart.

Todes-Anzeige.
(Verspätet.)

Am 25. August Morgens 5 Uhr entschlief sanft, an der Ruhr, unser geliebter Schwiegersohn, Gatte und Sohn, der königl. Oberförster Herrman Böttcher, im blühenden Alter von 32 Jahren. Seinen Bekannten und Freunden widmen diese Anzeige mit der Bitte um stille Theilnahme:

die Hinterbliebenen.

Forsthaus Dembio bei Oppeln, den 3. September 1848.

Section für Obst- und Garten-Cultur.

Die Herbstausstellung findet vom 10. bis 14. September d. J. im Wintergarten statt. Alle Mitglieder werden ergebenst ersucht, sich bei derselben durch Einlieferung von Gartenerzeugnissen **jeder Art** recht thätig zu zeigen. Am 9. September in den Morgenstunden werden die Ausstellungsgegenstände im Wintergarten in Empfang genommen. Die Adresse bitte ich an mich zu richten. Die hiesigen und die Gärtner der Umgegend von Breslau werden ersucht, sich am 2. Tage der Ausstellung, d. i. den 11. Sept. Abends 7 Uhr, zu einer Versammlung im Wintergarten einzufinden. Zweck: Vereinigung sämmtlicher Gärtner Schlesiens zur Hebung ihres Faches.

Nadbyl,
z. Z. Sekretair der Section.

Section für Obst- und Garten-Cultur.

Mittwoch den 6. Sept., Abends 7 Uhr, wird der botanische Gärtner Herr S. Schauer einen Vortrag halten: Wie und wodurch kann dem Obstbaum in Schlesien gründlich aufgeholfen werden? — Um weitere Einsendung der Berichte über den Anbau der vertheilten Sämereien und Phropfenreiser wird ergebenst ersucht.

Warnungs-Anzeige.

Hierdurch warne ich Jeden, auf meinen Namen etwas zu borgen und Diejenigen, die mir schuldig sind, bitte ich, nur an mich selbst zu zahlen, weil ich sonst für Nichts aufkomme.

Breslau, den 5. Septbr. 1848.

Moritz Stern.

M. G. W.

Ich habe, trotz meiner wiederholten Bitte, bis heute noch keine Nachricht von Dir erhalten, und frage Dich deshalb hierdurch an, worin ich den Grund Deines Schweigens suchen soll. Sind Deine Briefe, wie schon früher, verloren gegangen oder hindert Krankheit Dich am Schreiben? Oder solltest Du andere Beweggründe für Dein Schweigen angeben können? Reiße mich auch diesen Zweifeln, denn die Ungewißheit über Dein Befinden, oder über Deine, vielleicht veränderte Gesinnung ist mir schrecklicher als Alles.

Wenn es Dir also nur irgend wie möglich ist, so kann ich wohl auf die Erfüllung meiner Bitte rechnen. Adieu.

Ich wohne Schweidnitzer Straße Nr. 8, zwei Treppen hoch.

Dr. Ring, praktischer Arzt,
Wundarzt und Geburtshelfer.

Im Verlage von Heinze und Comp. in Görlitz ist erschienen und bei **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau** zu haben:

Das Verbrüderungs-Fest der Lausitzer in Görlitz den 27., 28. und 29. August 1848. 4. Preis 1½ Sgr.

Den verehrten Herrn Subscribenten von **Rotteck u. Welcker's Staat-Lexikon** zur Nachricht, das genanntes Werk bis zum 53sten Heft erschienen und an alle diejenigen Sortiments-Buchhandlungen, welche ihre Verbindlichkeiten gegen die Verlagshandlung erfüllten, als Fortsetzung versandt worden ist.

Altona u. Leipzig, im August 1848.

Joh. F. Hammerich.

In der Stuhr'schen Buchhandlung in Berlin ist erschienen und zu haben bei **G. P. Aderholz** in **Breslau** (Ring- und Stockgassen-Ecke Nr. 53):

Gemeinnütziger

Rathgeber

für diejenigen, welche an

Verschleimung

leiden.

Enthaltend: den Verlauf und die Behandlung des Stockschnupfens, der Verschleimung der Luftwege, der Brustorgane, des Magens, des Darmkanals, der männlichen und weiblichen Geschlechtstheile, der Schleim-Hämorrhoiden und des Blasen-Catarrhs, nebst den dazu erforderlichen diätetischen Vorschriften.

Von Dr. **Wilhelm Andresse,**
prakt. Arzt, erstem Arzte der französischen Kolonie, Direktor des französischen Hospitals und Armen-Arzte zu Berlin.

Zweite Auflage. Preis 10 Sgr.

Danksagung.

Dem Herrn Major Schmidt und den Herren Hauptleuten, so wie sämmtlichen Herren Wehrmännern des 12. Bataillons der Bürgerwehr und den Herren Polizei-Beamten und Gendarmen meinen herzlichsten Dank für den Schutz, den dieselben mir am 3ten d. M. in meinem Tanz-Lokale gewährt haben, als eine Anzahl Schmiedegesellen und Consorten gewaltsam in meinen Tanzsaal drangen, um Excesse zu verüben und mein Eigenthum zu demoliren, weil ich ihrer Aufforderung, das Entree herabzusetzen, nicht Folge leisten wollte. Möge der Höchste jeden Tanzwirth vor solchen unliebsamen und nur die Ruhe störenden Gästen behüten.

Virtel, im russischen Kaiser.

Fünf Reichsthaler Belohnung.

Am 24. August hatte ein von Breslau nach Berlin fahrender Reisender mit dem Frühzuge in einem Waggon 2ter Klasse, an der Seite des Sitzkissens ein Terzerol mit 8 Läufen gesteckt. Da derselbe aber von Kohlfurth ab nach Görlitz fuhr, mithin in einen andern Bahnzug seine Sachen bringen mußte, so blieb es in jenem nach Berlin gehenden Waggon stecken. Ein ehrlicher Finder desselben erhält obige Belohnung, wenn er es an den Eigenthümer des Hauses Nr. 31, Gartenstraße in Breslau abgiebt.

Gasthaus-Verpachtung.

Mein seit einigen Jahren neu erbautes, gut eingerichtetes, am Markt gelegenes Gasthaus, mit Gast-, Schank- und Billard-Zimmer, einem großen Tanzsaal und Nebenzimmern, wie genügender Stallung und Einfahrt, bin ich gesonnen, unter annehmbaren Bedingungen zu verpachten, die bei mir in frankirten Briefen zu erfragen sind.

Beuthen i. O.-S., im Sept. 1848.

A. Beuthner.

Dr. Wendt-Kudraß'scher Cholera-Liqueur.

Nach Uebereinkunft mit Herrn **Kudraß** hat uns derselbe die von dem geheimen Medizinal-Rathe Herrn Dr. **Wendt** verfaßte Vorschrift zur Bereitung des unter dem obigen Namen dem Publiko aus dem Jahre 1831 gewiß noch rühmlichst bekannten Cholera-Liqueur zum künftigen **alleinigen Debit** überlassen.

Wir empfehlen daher unter der Benennung

Dr. Wendt-Kudraß'scher Cholera-Liqueur

das bei uns gefertigte Fabrikat in großen und kleinen Quantitäten, so wie zum glasweisen Genuß in unserer Frühstückstube,

das preußische Quart à 20 Sgr.,
die bestrickte preuß. Quart-Flasche à 23 Sgr. incl. Flasche,
" " " ½ " à 12 Sgr. " "
" " " ¼ " à 6½ Sgr. " "

mit dem Bemerken, daß die Flaschen mit einem unsere Firma enthaltenden Etiquett, auf welchem sich die Empfehlung des geheimen Medizinal-Rathes Dr. **Wendt** befindet, versehen, und mit unserm Petschaft versiegelt, so wie mit unserer Unterschrift versehen sind.

Breslau, den 5. September 1848.

Nitschke & Comp.,
Liqueur- u. Rum-Fabrik, Schuhbrücke Nr. 5,
im ehem. W. Bätz'schen Lokale.

Den herzlichsten Dank

allen verehrlichen **Deputationen** und **Bürgerwehr-Abtheilungen**, welche mich bei der großartigen Einholung am 3. d. M. mit ihrer Begleitung beehrten. Ich werde mich dieses schönen Tages so lange ich lebe mit inniger Freude erinnern!

Breslau, den 4. Sept. 1848. **Carl Gendry,** als Schützenkönig.

Landwirthschaftliches Institut in Jena.

Die Vorlesungen des nächsten Winterhalbjahres werden am 30. Oktober beginnen. Nähere Nachricht von der gegenwärtigen Einrichtung dieser Anstalt findet man in der Schrift: **„Nachricht von dem landwirthschaftlichen Institute zu Jena“** u. s. f. Jena, Friedrich Frommann. 1848. 2 Sgr. — Wer dieses Institut besuchen will, hat sich einige Zeit vor dem Anfange der Vorlesungen bei dem unterz. Direktor zu melden.

Jena, im August 1848. **Friedrich Schulze.**

Privat-Aktuarien-Verein für Schlesien.

Sonnabend, den 9. September d. J., findet das **Stiftungsfest des Vereins** im Casperke'schen Lokale in der Odervorstadt hierselbst statt. Diejenigen Privat-Aktuarien Schlesiens, welche daran Theil nehmen können und wollen, gleichviel, ob sie sich künftig beim Vereine zu betheiligen beabsichtigen, wollen ihre Theilnahme am Feste bis zum 8. d. beim Rendanten, Aktuarius Massanz, Einhorngasse Nr. 5.6, anzeigen und die Eintritts-Karten gegen 10 Sgr. einlösen. Das Fest beginnt mit Eröffnung des Balles um 8 Uhr Abends. Für mitgebrachte Herren müssen Eintritts-Karten gelöst werden, die auch noch beim Eintritt zu haben sind.

Breslau, den 4. September 1848. **Das Direktorium.**

Für ein in Frankfurt a. O., in dem schönsten Theile der Stadt gelegenes, ganz vorzüglich eingerichtetes **Baierisch-Bier-Lokal** nebst **Restauration** und **Fremdenzimmer** etc. wird ein zuverlässiger Pächter gesucht, welcher mit einem Vermögen von 2000 Thaler dieses Geschäft betreiben kann. Die Bedingungen sind sehr annehmbar und wird Herr **Haake** in **Breslau,** Heiligegeiststraße Nr. 19, die Güte haben, auf portofreie Anfragen dieselben mitzutheilen.



Die Fabrik von Professor Grove's präparirten, auf königl. preuß. patentirter Maschine gebranntem **Dampf-Kaffee,** welche ich seit beinahe 4 Jahren, mit dem günstigsten Erfolge gekrönt, dirigire, und meine Kaffee's von den höchsten und allerhöchsten Herrschaften begehrt und belobt wurden, nahm ich Veranlassung, immermehr auf Veredelung in der Fabrikation Bedacht zu nehmen. — Diese Veredelung ist mir nun durch mannigfache fleißige und kostspielige Versuche in meinem nunmehr aufgestellten Dampf-Apparat vollkommen gelungen, und ich bin im Stande, jetzt täglich 400 Pfd. gebranten Kaffee zu liefern, wobei ich jedoch bemerke, daß durch meine vervollkommnete Construktion des Dampf-Apparats keine Bohne verkohlt sein darf, dagegen eine egale beliebte Farbe erhalten muß, ferner das Aroma des Kaffees sich nicht verflüchtiget, sondern concentrirt wird, und dieser gewonnene Kaffee Kraft, Reinheit und Lieblichkeit im Geschmack verbindet. Wie sehr übrigens die Präparations-Methode des Herrn Prof. Grove in Anerkennung schon im Jahre 1838 war, dokumentirt eklatant schlagend das nachfolgende Attest des in Europa berühmtesten Chemikers, Herrn Jac. Berzelius zu Stockholm, welcher leider vor Kurzem dahingeschieden ist. Sein Andenken lebt auch unter hiesigen Wissenschafts-Männern fort, wie dies vor wenigen Tagen dargethan wurde. Die Preise meiner Kaffees sind bekannt, um jedoch in der jetzt verhängnißvollen Zeit, keinen meiner Arbeiter brodlos zu machen, und da die geheizte Maschine fortwährend bespeist werden muß, so werde ich für gebrannte loose Kaffees zentnerweise Preise stellen, welche jeden geehrten Abnehmer befriedigen werden und selbst die Herren Materialisten meinen Brenn-Apparat geneigtest benutzen und sich des eigenen gewöhnlichen Brennens überheben wollen.

Eduard Groß in Breslau.

Auf Herrn Grove's Anhalten um eine Beurtheilung der von ihm erfundenen Methode, Kaffee zu bereiten, muß ich das Zeugniß geben, daß dieselbe allgemein angenommen zu werden verdient, weil sie nicht allein einen wohlschmeckendern Kaffee giebt, als gewöhnlich, sondern außer dem auch, wenn man seiner Vorschrift genau folgt, eine Ersparung an Bohnen mit sich führt. Der Kaffee hat zweierlei wesentliche Bestandtheile, von welchen der eine sich in den Bohnen befindet, ehe sie geröstet werden, der andere dagegen, auf welchem der Geruch und Geschmack des Kaffees hauptsächlich beruht, bildet sich erst unter dem Rösten der Kaffeebohnen. Dieser ist flüchtig und verliert sich größtentheils bei dem gewöhnlichen Brennen, und das, was noch in den Bohnen an Kraft und Arom übrig geblieben, geht gewöhnlich mit den Wasserdämpfen beim Kochen oder Filtriren ganz und gar verloren. Herrn Grove's Verfahren bezweckt aber nicht allein die aromatischen und substanziösen Bestandtheile beim Rösten auf das vollkommenste zu bilden, sondern auch bei der Zubereitung des Kaffeegetränks zusammen zu halten, und erreicht somit auf eine ausgezeichnete Weise den höchsten Grad der Vollendung.

Stockholm, den 30. Oktober 1838. (L. S.) **Jac. Berzelius.**

In unserer Unterrichtsanstalt für weibliche Handarbeiten können noch einige Schülerinnen aufgenommen werden.

Anmeldungen erbitten wir uns in den Vormittagstunden von 11 bis 1 Uhr.

Karoline Kolbe,
Pauline Kolbe,
Neue Schweidnitzerstraße Nr. 5 par terre.

Calceolarien-Saamen.

Von den in der diesjährigen Frühjahrs-Ausstellung allgemein bewunderten Breiter'schen englischen Muster-Pantoffel-Blumen offerirt die versiegelte Prise von 600 Korn zu 20 Sgr.:

Julius Monhaupt, Albrechtsstr. Nr. 8.

Nothwendiger Verkauf.

Das im Rybniker Kreise in Oberschlesien belegene, auf 36687 Rthl. 18 Sgr. abgeschätzte freie Allodial-Rittergut Czernitz Nr. 7 nebst Zubehör, soll

den 16. Novbr. 1848 Vorm. um 11 Uhr vor dem Deputirten, Oberlandes-Gerichtsrath v. Gellhorn, an ordentlicher Gerichtsstelle wegen Nichtentrichtung der Kaufgelder aus der Adjudicatoria vom 8. Oktbr. 1847 resubhastirt werden.

Die Taxe und ein Hypothekenschein können in unserer Registratur eingesehen werden.

Es werden auch alle unbekannte Realprätendenten aufgefordert, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Ratibor, den 14. März 1848.

Königl. Oberlandes-Gericht.

Müller.

Aufgebot.

Dem ehemaligen Land-Gerichts-Sekretär Dalski ist im Nov. 1844 in Trzemeszno oder auf der Reise dahin, der dem Gutsbesitzer v. Rozanski zu Padniewo angeblich gehörige Posener $3\frac{1}{2}$ prozentige Pfandbrief Nr. 92/1306, Groß Guttowy, Kreis Wreschen, über 100 Thaler verloren gegangen. Der Inhaber dieses Pfandbriefes wird hier durch aufgefordert, sich bis zum achten Zinszahlungs-Termine, welcher, von der ersten bereits erfolgten landschaftlichen Bekanntmachung abgerechnet, am 16. Februar 1849 abläuft, und in dem zu diesem Zwecke auf den 3. März 1849, Vormittags um 10 Uhr, in unserm Instruktions-Zimmer vor dem Oberlandesgerichts-Refrendarius Rappold anberaumten Termine zu melden, oder die gänzliche Amortisation des Pfandbriefes zu gewärtigen. Posen am 19. August 1848.

Königliches Ober-Landes-Gericht.
Abtheilung für die Prozeßsachen.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 7 belegenen, dem Kaufmann Jakob Joseph Schweitzer gehörigen, auf 26,309 Rthl. 10 Sgr. 5 Pf. geschätzten Hauses, haben wir unter Aufhebung des am 5. Juli d. J. angestandenen Bietungstermins einen neuen Termin auf den 5. Januar 1849, Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Stadt-Gerichts-Rath Frhrn. v. Bogten in unserm Parteienzimmer anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registrator eingesehen werden.

Zu diesem Termine wird der dem Aufenthalte nach unbekannte Johann Heinrich August Breiter hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 1. Juli 1848.

Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Tauenzienstraße Nr. 38 (sonst unter Nr. 17) belegenen, der verw. Kunstgärtner Gebhard, Karoline geb. Plathner, jetzt verw. Kunstgärtner Vorback gehörigen, auf 19,054 Rtl. 24 Sgr. 10 Pf. geschätzten Grundstückes, haben wir einen Termin auf

den 14. März 1849,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Schmiedel in unserm Parteienzimmer anberaumt. Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 17. August 1848.

Königl. Stadtgericht. II. Abtheilung.

Nothwendige Subhastation.

Der dem Johann George Friedrich Demuth gehörige, zu Görlitz unter Nr. 1020, belegene Stadtgarten, gerichtlich auf 6062 Rtlr. 15 Sgr. abgeschätzt, soll auf den 4. Januar 1849 von Vormittag 11 Uhr ab an hiesiger Gerichtsstelle subhastirt werden. Taxe und Hypothekenschein können in der 3. Kanzlei-Abtheilung eingesehen werden.

Görlitz, den 29. Juni 1848.

Königliches Land- und Stadt-Gericht.

Der in der Beilage zur Nr. 203 der Breslauer Zeitung Seite 2173 steckbrieflich verfolgte Einlieger Jacob Müller aus Kosiadel ist bereits arretirt und an uns eingeliefert worden.

Glogau, den 1. Sept. 1848.

Königliches Land- und Stadt-Gericht.

Pferde-Versteigerung.

Donnerstag den 14. September d. J. Vormittags 11 Uhr sollen in Haynau auf dem Viehmarkte 14 Pferde, welche von dem diesseitigen Kreise für die Landwehr-Kavalerie gestellt worden, gegen sofortige baare Bezahlung versteigert werden.

Goldberg, den 3. September 1848.

Königliches Landraths-Amt.
von Skal, i. A.

Am 6ten d. M. werden in dem hiesigen Armenhause mehrere Nachlässe, bestehend in Mobilien und Kleidungsstücken, öffentlich versteigert.

Breslau, den 4. Septbr. 1848.

Das Vorsteher-Amt.

Berichtigung.

In unserer Vorladung vom 23. März v. J., betreffend das Aufgebot mehrerer eingetragenen Posten, ist sub Nr. 6 die auf den Grund des Erbrezesses und der Verfügung vom 19. Mai 1818 für die Geschwister Fechner mit 72 Rthl. 15 Sgr. eingetragene, jetzt noch in Höhe von 24 Rthl. 5 Sgr. für Franz Karl Fechner auf der Kutschnernahrung Nr. 40 zu Erkelsdorf haftende Post

anstatt:

24 Rthl. 5 Sgr. für Ignatz Fechner aufgeboten worden. Indem wir diese Vorladung hiermit berichtigen, fordern wir alle Diejenigen, welche an diese Post Ansprüche zu haben vermeinen, hiermit auf, sich in dem auf den 11. Oktober d. J., Vormittags 11 Uhr, hierselbst anberaumten neuen Termine zur Vermeidung der in der Vorladung vom 23. März v. J. ausgedrückten Folgen zu melden.

D. Wartenberg den 26. März 1848.

Herzogliches Land- und Stadt-Gericht.
v. Wurmb.

Bekanntmachung.

Zur Vermiethung zweier zum Lagern geeigneter Lokalitäten im zweiten Elisabet-Pfarrhofe, so wie an dem auf der Büttnerstraße sub Nr. 13 gelegenen Hause hierselbst, ist

Freitag den 15. Septbr. d. J.,

Vormittags um 10 Uhr, auf dem rathhäuslichen Fürstensaale ein Termin anberaumt worden, zu welchem Miethlustige hiermit eingeladen werden.

Die der Vermiethung zum Grunde liegenden Bedingungen, sind in der Rathsdienerstube einzusehen, die zu vermiethenden Lokalien aber wird der Kirchschaffner Jänisch zu St. Elisabet auf Verlangen zeigen.

Breslau, den 9. August 1848.

Das Kirch-Kollegium zu St. Elisabet.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Herzog Albrecht v. Würtemberg kgl. H. a. Berlin. Apotheker Musset a. Siegen. Gutsbes. v. Jastrzembski a. Galizien. Partikulier Lorenz a. Mannheim. Partikulier Hinelley aus London. Partikulier Heller aus Wien. Eigenthümer de Prechamts a. Paris. Kommerzienräthin Donner, Fräul. Masendorf u. Kaufm. Schröder a. Hamburg. Scholtiseibes. Geußner a. Lossen.

Geheimerath v. Faltz a. Warschau. Madame Gad u. Freiherr v. Wilke a. Berlin. Student Lasko a. Freiberg. Bahnhof-Insp. Jungmann a. Königszelt. Fabrikant Mendelson a. Nowawes b. Potsdam. Fabrikant Bertuch a. London. Madame Herdmann aus Gräfenberg k. Lieut. Reich a. Neisse. Gräfin v. Wodziska a. Krakau.

Breslauer Getreide-Preise
am 4. September.

Sorte:	beste		mittle		geringste	
Weizen, weißer	73	Sg.	70	Sg.	66	Sg.
Weizen, gelber	70	„	67	„	63	„
Roggen	40	„	37	„	33	„
Gerste	30	„	28	„	26	„
Hafer	$18\frac{1}{2}$	„	$17\frac{1}{2}$	„	$16\frac{1}{2}$	„

Breslau, den 4. September.

(Amtliches Cours-Blatt.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $96\frac{1}{2}$ Br. Kaiserliche Dukaten $96\frac{1}{2}$ Br. Friedrichsd'or $113\frac{1}{2}$ Br. Louisd'or $112\frac{1}{6}$ Gld. Polnisches Courant $94\frac{3}{4}$ Gld. Oesterreichische Banknoten $94\frac{11}{12}$ Br. Staats-Schuld-Scheine per 100 Rtl. $3\frac{1}{2}$% $75\frac{1}{4}$ Br. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% $96\frac{1}{2}$ Gld., neue $3\frac{1}{2}$% $79\frac{1}{4}$ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rtl. $3\frac{1}{2}$% $90\frac{5}{6}$ Br., Litt. B 4% 93 Br., $3\frac{1}{2}$% $81\frac{11}{12}$ Br. Alte polnische Pfandbriefe 4% $90\frac{2}{3}$ Br., neue $90\frac{2}{3}$ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% $88\frac{3}{4}$ Br. Oberschlesische Litt. A $3\frac{1}{2}$% 92 Br. Krakau-Oberschlesische 44 Gld. Niederschlesisch-Märkische $3\frac{1}{2}$% $69\frac{3}{4}$ Gld. Köln-Mindener $3\frac{1}{2}$% $76\frac{1}{2}$ Gld. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 44 Br. — Wechsel-Course: Amsterdam 2 Mt. $142\frac{1}{2}$ Gld. Berlin 2 Mt. $99\frac{1}{6}$ Gld., keine Sicht $100\frac{1}{6}$ Br. Hamburg 2 Mt. $150\frac{1}{2}$ Gld., keine Sicht 151 Gld. London 3 Mt. 6. $22\frac{5}{6}$ Br.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.